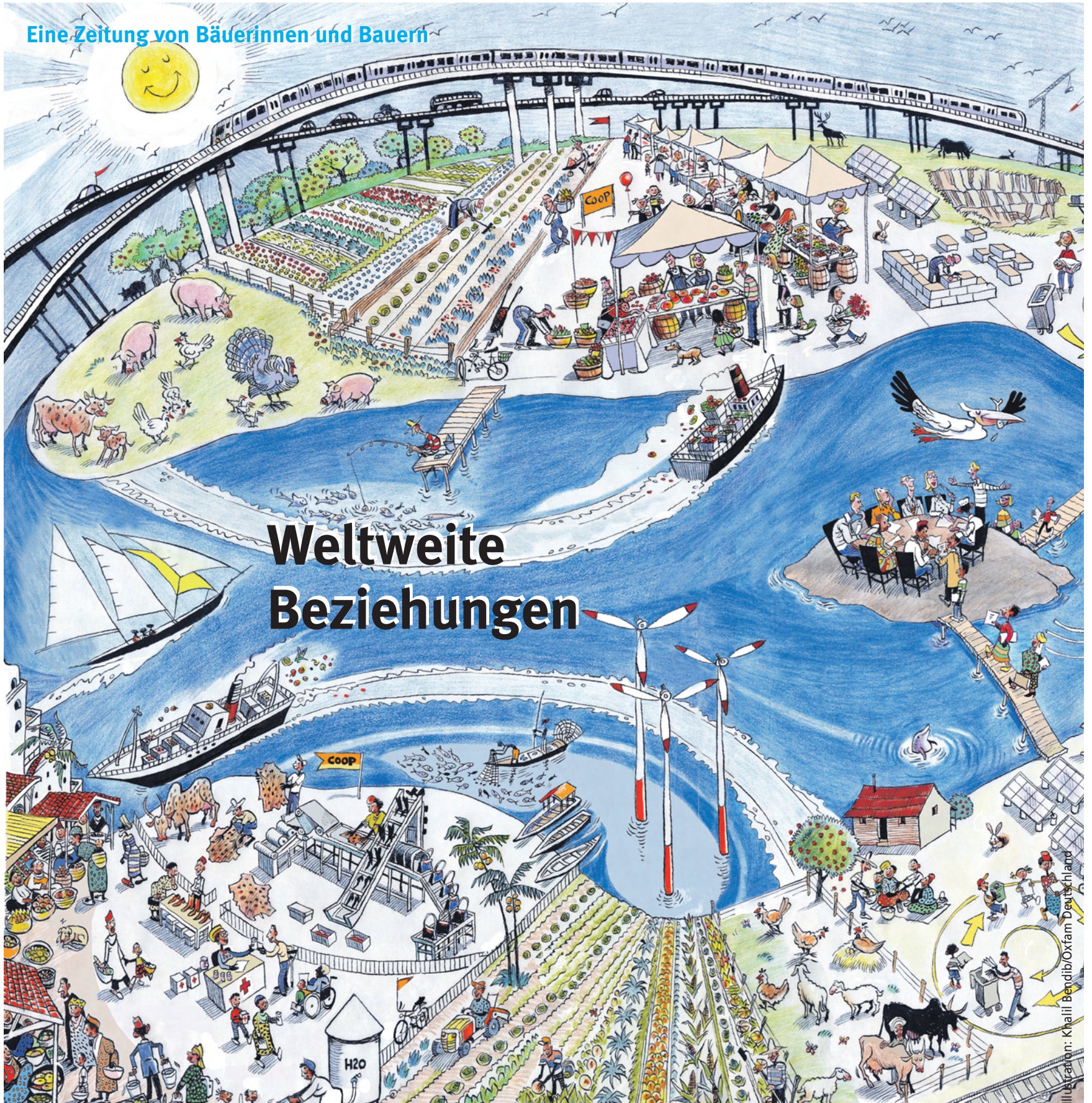


b unabhängige bauernstimme

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Weltweite Beziehungen

Weltweite Beziehungen

Wir leben in einer Welt mit vielfältigsten Handelsbeziehungen. Sie so zu gestalten, dass auch Bauern und Bäuerinnen etwas davon haben und nicht nur die Konzernlenker, ist die große Herausforderung der Bewegung. Kommentar auf Seite 2 und die Seiten 11 bis 13

Märkte

Milchmarktgestaltung in Berlin und Brüssel steht mal wieder auf der Agenda, dazu Erfahrungen aus Österreich. Tierschutz als Marketingargument und Preisabsprachen im Kartoffelhandel, Märkte in Bewegung auf den Seiten 6, 16, 18

Agrarpolitik

Immer noch wird um die EU-Agrarreform gerungen, derzeit sind die EU-Agrarminister in Dublin. Auf die nationale Umsetzung wird es ankommen. Heißes Thema: ein Prämienaufschlag für die ersten Hektar - was es bringt, wie es wirkt auf den Seiten 4 und 5.

Die Seite 3

Kulturpflanzenvielfalt nicht in Nischen abdrängen 3

Agrarpolitik

250 Euro mehr für die ersten 20 Hektar möglich! 4

Marketingcoup für Öffentlichkeit. 17

Milch

Erfolg ist nicht immer reproduzierbar..... 6

Ziele der Milcherzeuger im Blick behalten..... 7

Bewegung

Zusammen arbeiten. 8

Hofportrait: Die Strategie der krummen Gurken 9

Das Beste rausholen 19

Tierwohl im Lehrplan. 20

Tierhaltung

Wenn eine Krankheit aus Handelsgründen zur Seuche wird. .10

Schwerpunkt

Welthandelspolitik im Blick 11

Widerstand globalisieren - Bäuerlichkeit lokal stärken. ... 12

Exotik im Trog. 13

Wenn der Hinterhof zur Farm wird. 14

Nachbau

Europäische Zusammenarbeit angestoßen..... 15

Märkte

Tapferer Prinz oder böser Zauberer 16

Gemeinsam gegen Konzerninteressen 18

Weitere Themen

Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) sind erstarret. Es ist bereits einige Jahre her, dass die Welt während der Gipfeltreffen gespannt und kritisch zugleich auf die WTO geschaut hat. Den meisten war klar, zu viel stand auf dem Spiel für die gesellschaftlichen Anliegen, allen voran in Entwicklungsländern, aber auch bei uns. Denn neben der aggressiven Marktöffnung für die Exportindustrie sollten auch globale Regelungen für Konzerne so ausgelegt werden, dass sie sich bei Bedarf mühelos in allen Ländern ausdehnen und dadurch lokale Unternehmen oder öffentliche Institutionen vom Markt weg konkurrieren konnten. Dann passierte eine noch nie da gewesene Emanzipation seitens der armen Ländern auf der Welthandelsbühne. Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich in verschiedenen Ländergruppen zusammengeschlossen und ihre Interessen gebündelt. Sie genossen Rückendeckung durch die Zivilgesellschaft nahezu aller Länder dieser Welt. Die Industrie konnte erstmalig nicht mehr einseitig ihre Anliegen durchboxen. Und kriegt die Industrie ihre Interessen nicht durch, dann verliert



Kommentar

Welthandel nur mit uns!

sie auch die Lust an einem multilateralen Handelsabschluss. Und deshalb ist die WTO verstummt. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht folgt. Die Freihandelsbemühungen sind von der multilateralen Hauptbühne zu unzähligen bilateralen Schauplätzen gerutscht. Die Handelsabschlüsse gehen seither weit über das hinaus, was in der WTO diskutiert worden ist. Mit fast allen Ländern steht die EU in Verhandlungen und führt eine aggressive Handelsstrategie. Mit dieser Entwicklung ist die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeitsarbeit zur Handelspolitik ebenfalls nahezu erstarret. Zu unübersichtlich sind die bilateralen Entwicklungen. Zu kompliziert ist die Übersetzung für eine breitere Öffentlichkeit. Vielleicht war auch anfangs die Erleichterung zu groß, dass in der WTO unfaire Handelsgespräche in dieser Art nicht weitergeführt wurden. Wenn aber die Handelsgespräche in einem toten Winkel der Öffentlichkeit geführt werden, dann ist es das Beste, was der Industrie passieren kann. Und dann wird es gefährlich für alle anderen Anliegen. Für die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern, für bäuerliche Anliegen weltweit, für Umwelt- und Naturschutz, für Verbraucherinteressen. Die Industrie hat ein leichtes Spiel, ihre Profitwünsche durchzusetzen. Kaum etwas kann sie noch bremsen. Und deshalb wickelt die EU derzeit ein Freihandelsabkommen nach dem anderen ab. Aktuell erreicht eine neue Sensibilisierungswelle die Öffentlichkeit. Ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA ist im Anmarsch. Plötzlich stehen wertvolle Standards der EU auf dem Spiel und sollen möglichst abgeschmolzen und an US-Standards angeglichen werden. Dann wäre es möglich, dass hier künftig in Chlor gebadetes Hühnerfleisch auf den Teller kommt, oder mehr Gentechnik in dem Trog landet. Auch diese Verhandlungen sollen, so weiterhin der Wunsch der Industrie, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden. Das ist quasi der Auftrag an die Gesellschaft, an die Bäuerinnen und Bauern, Transparenz sowie Mitgestaltung einzufordern. Handelspolitik gehört auf die multilaterale Ebene. Betroffene in allen Ländern sind aktiv und wirksam in Handelsgesprächen einzubeziehen. Gesellschaftliche Anliegen gehören vor die Interessen der Industrie. Um das zu erreichen, muss die Politik jetzt Druck spüren!

Berit Thomsen,

Abl Mitarbeiterin für Internationale Agrarpolitik

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Titelbild: „Landkarte des gerechten Handels“

Die Landkarte ist Teil eines Posters, um auf die Europäische Initiative für ein alternatives Handelsmandat der EU aufmerksam zu machen (www.alternativetrademandate.org). Erde und Menschen sollen in politischen Entscheidungen und Handelsbeziehungen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen haben. Eine Posterseite stellt das Szenario „Wachstum und Konkurrenz um jeden Preis?“ bildlich dar, um auf Mängel von einseitig ausgerichteter EU-Handelspolitik hinzuweisen. Dem gegenüber steht die visionäre Landkarte, von der wir einen Ausschnitt verwendet haben. © Khalil Bendib, Herunterladen oder Bestellen bei www.oxfam.de, Tel.030-4530690

Kulturpflanzenvielfalt nicht in Nischen abdrängen!

Die Saatgutgesetzgebung darf sich nicht nur nach Konzerninteressen richten

Das Thema ist heiß, Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) weiß das, wenn sie zum Presstertin am Tag der Biodiversität, vor dem neu eingerichteten Dienstsitz des globalen Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt im alten Bonner Parlamentsgebäude, lädt. Sie weiß es nicht erst, seit vor ein paar Wochen hunderttausende besorgte Hobbygärtner und Sympathisanten im Internet eine Protestwelle lostraten anlässlich einer Meldung, dass Saatguttausch demnächst von der EU verboten werde. Denn Saatgut hat schon häufiger und mit kaum erwartbarer Emotionalität den öffentlichen Aufruhr keimen und sprießen lassen. Fast wirkt es, als empfinde eine nicht geringe Anzahl von Menschen Saatgutfreiheit gleich der Meinungsfreiheit als elementares demokratisches Gut, das es zu verteidigen gelte gegen die Allmachtsansprüche anonymer Wirtschaftslenker. Passend zur biedermeyerschen Renaissance vom trauten Leben auf dem Lande muss die Keimzelle neuen Lebens und unserer Lebensgrundlagen offenbar frei verfügbar bleiben, auch für all jene, die längst weit davon entfernt sind, ihre Lebensmittel selbst zu erzeugen.

Voller Saal

Ist sich also Ilse Aigner sehr wohl ihrer Wirkung bewusst, wenn sie in Presseerklärungen die freie Zulassung alter Sorten und den Erhalt der Artenvielfalt einfordert – wenn auch ihre Taten auf dem politischen Parkett oft genug ihre Worte Lügen strafte – so waren die Richter des Verwaltungsgerichts in Hannover doch ziemlich überrascht, dass jüngst in einem Verfahren bei ihnen die Besucherplätze im Gerichtssaal alle besetzt waren. Der Verein Dreschflegel, ein Zusammenschluss von Pflanzenzüchtern, die sich den Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt auf die Fahnen geschrieben haben, klagt gegen das Bundessortenamt wegen der Anhebung der sogenannten Überwachungsgebühr für die Zulassung der Möhrensorte Duwicker. Nachdem ein Vergleich von den Klägern abgelehnt und der Gerichtssaal voll geworden war, erschloss sich auch dem vorsitzenden Richter, dass hier nur vordergründig eine Auseinandersetzung um Geld geführt wird. Die Sache ist vielschichtig, die Möhrensorte Duwicker eine nach dem Saatgutverkehrsgesetz zugelassene Sorte, deren Zulassung Dreschflegel beantragt und

vom Bundessortenamt (BSA) genehmigt bekommen hatte. Dieser Vorgang kostet eine Gebühr für die fällige Registerprüfung und dann eine jährliche Überwachungsgebühr für die zehn Jahre, für die die Zulassung erteilt wird. Bislang betrug diese Überwachungsgebühr jeweils 100 Euro pro Jahr. Im Zuge einer Überprüfung des Bundessortenamtes durch den Bundesrechnungshof bemängelte letzterer die schlechte Kostendeckung des ersteren und schob damit die Entwicklung einer neuen Gebührenordnung an. Im Rahmen dieser neuen Gebührenordnung verlangt das BSA nun 300 Euro Überwachungsgebühren. Hinzu kommt, dass die Gebühr mit einer jährlichen Steigerung versehen wurde, das heißt, je länger eine Sorte zugelassen ist, desto teurer macht das BSA ihre jährliche Überwachung. Nun liegt es grundsätzlich im Ermessensspielraum von Ministerium und Behörde, wie eine Gebührenordnung gestaltet wird, sie muss aber dem Ansinnen des zu Grunde liegenden Gesetzes entsprechen. Und hier setzt



Nur eine kleine Nische für ihre Arbeit wollen Züchterkonzerne den Erhalten von Saatgutvielfalt lassen Foto: Rother/pixelio

die Kritik von Dreschflegel ein. Das zu Grunde liegende Gesetz ist das Saatgutverkehrsgesetz, welches die Ansprüche der Allgemeinheit an den Handel und das Inverkehrbringen von Saatgut regelt. Ein wichtiger Anspruch ist der Erhalt der Vielfalt. Ob dem Rechnung getragen wird mit einer erhöhten Jahresgebühr, die auch noch ansteigt, je länger eine Sorte zugelassen ist und damit wenig finanzstarken Erhaltungsinitiativen das Wirtschaften schwerer macht, ist mehr als fraglich. Und

das BSA gibt als Erklärung für die Progression sogar an, dass die Beschleunigung des Sortenkarussells, also das immer schnellere Nachlegen neuer Sorten bei gleichzeitiger Nichterhaltung älterer durch die Züchter, eines ihrer Ziele ist. Für das BSA geht es an der Stelle neben der eigenen Finanzierung auch um seine Daseinsberechtigung in Zeiten immer stärker international organisierter Prozesse. Hier kommt das Sortenschutzgesetz ins Spiel.

Birnen und Äpfel

Es regelt den privatrechtliche Schutz neuer Sorten für ihre Züchter, auch hier fallen Gebühren an, die das Bundessortenamt erhebt und die vom Bundesrechnungshof als nicht kostendeckend abgewatscht wurden. Das BSA hat immer schon die Gebühren für Zulassung und Schutz zum Teil einheitlich gestaltet, die Erhöhung und Progression der Überwachungsgebühr in der neuen Gebührenordnung sind auch so eine Vereinheitlichung. Das mag aus Sicht des BSA unproblematisch sein, aus Sicht Dreschflegels ist die Gleichsetzung der Gesetze nicht gerechtfertigt, weil ein Gesetz zu einem hohen Anteil der Allgemeinheit dient, während das andere wirtschaftliche Einzelinteressen schützt. Dieser Einschätzung wollte allerdings auch das Oberverwaltungsgericht in Hannover nicht folgen, die ausführliche Begründung steht noch aus, es wird aber mit dem Ermessensspielraum des BSA argumentiert. Das Gericht wollte sich so recht nicht auf die Thematik einlassen, noch während der Verhandlung versuchte es die beiden Parteien zu einem Vergleich zu bewegen. Dieser hätte beinhaltet, die Duwicker als Amateursorte zuzulassen, was Dreschflegel nur noch 30 Euro Überwachungsgebühr gekostet hätte. Damit wäre die Möhre raus aus der offiziellen Zulassung und rein in die mit Vermarktungsbeschränkungen belegte Regelung für

alte Sorten gerutscht. Diese Separierung in zwei scharf getrennte Zulassungsbereiche ist eine Entwicklung, die die großen Züchterhäuser mit Unterstützung der Politik schon seit Jahren forcieren. „Es geht auch darum, die Vertreter der Biodiversität nicht in eine Nische abdrängen“, erklärt denn auch Karin Brockmann, Anwältin von Dreschflegel, warum der Vergleich abgelehnt wurde. Von einem Nischenmarkt, den es mit wenig Restriktionen zu belegen gelte, spricht denn auch die EU-

Kommission in ihrem gerade veröffentlichten Vorschlag zur Revision des Saatgutverkehrsgesetzes. Ökozüchter und Erhaltungsinitiativen blicken eher kritisch auf den derzeit in Brüssel stattfindenden Prozess.

Alles offen

Zwar sehen sie durchaus positive Neuerungen in der Nische, die sie aber nur zum Teil betrifft. Gleichzeitig bleibt viel zu viel offen, als dass man sicher sein könnte, dass die Neuerungen nur positiv sind. Die Befürchtung, dass wenn der Vorschlag so offen durchs EU-Parlament geht, hinterher die Restriktionen über die Durchführungsverordnungen nachgeliefert, und damit ohne demokratischen Prozess verankert werden, ist groß. Hinzu kommen Neuerungen, deren Auswirkungen noch gar nicht einschätzbar sind, wie die Einführung des Begriffs des „Heterogenen Materials“. Dieser mit weniger Einschränkungen versehene Definitionsbereich kann fast alles sein: genetisch variable Landsorten oder ökologisch gezüchtete, bewusst variabel gestaltete Sorten, ein besonders in England geläufiger Mischbau oder auch der Türöffner für Gentechnik in Sortenmischungen. Ebenso ist nicht klar, ob im Bereich der Erhaltungssorten, wie bisher, auch ganz neue Sorten zugelassen werden können. Eine Frage, die gerade für ökologisch arbeitende Züchter elementar ist, besonders, da ihre Bemühungen, ihre Bedürfnisse in den Prozess der regulären Zulassung einzuarbeiten um endlich nicht mehr auf Nischen angewiesen zu sein, bislang zumindest komplett abgeschmettert wurden. „Da ist für uns nichts drin“, urteilt Gebhard Rossmannith von der Bingenheimer Saatgut AG, einem Netzwerk ökologischer Züchter, während er gleichzeitig auch sagt, dass der Text Möglichkeiten herbeigebe, die eben nicht so griffig seien. Grundsätzlich gehe es der großen Saatgutlobby darum, eine Regelung durchzusetzen, die es ermögliche, dass immer neue Sorten in ein System gepumpt werden können, damit es nicht kollabiere, so Rossmanniths Einschätzung.

Öffentlichkeit mobilisieren

Die Interessen von Erhaltungsinitiativen und Ökozüchtern und auch die Interessen der Allgemeinheit wurden bislang in dem Überarbeitungsprozess der Saatgutgesetze in Brüssel von den politischen Entscheidungsträgern kaum berücksichtigt. Damit bleibt alles Gerede vom Schutz der Vielfalt ein Lippenbekenntnis. Offensichtlich ist aber genügend öffentlicher Druck in der Lage, Dinge zu verändern. Nun kommt es darauf an, ihn noch weiter zu steigern. cs

250 Euro mehr für die ersten 20 Hektar möglich!

Deutschland kann die EU-Agrarreform nutzen, um bäuerliche Landwirtschaft zu stärken

Die Verhandlungen auf EU-Ebene über die Reform der EU-Agrarpolitik nach 2013 sollen zwar erst Ende Juni abgeschlossen werden. Aber schon jetzt ist sicher, dass die Mitgliedstaaten der EU erheblichen Freiraum bekommen werden in der nationalen Umsetzung der europäischen Beschlüsse. Bei einigen Punkten der Reform wird in Brüssel bis zuletzt gestritten und gerungen werden, z.B. um die gestaffelte Kürzung von hohen Direktzahlungsbeiträgen je Betrieb. Bei anderen Punkten ist dagegen schon jetzt ziemlich klar, was kommen wird. Das gilt z.B. für die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, bis zu 15 Prozent der, von der EU für den jeweiligen Mitgliedstaat zur Verfügung

und die EU-Kommission hat sich auch bereits dafür ausgesprochen. Es wird also kommen. Noch nicht abschließend geklärt sind Details, z.B. für wie viele „erste“ Hektar je Betrieb ein solcher Zahlungsaufschlag gezahlt werden kann. Das Parlament sagt „bis zu 50 ha“, der Agrarrat bis zu 30 ha oder bis zur durchschnittlichen Betriebsgröße im Land. (Die AbL-Mitgliederversammlung hat gerade u.a. die Forderung beschlossen, den Aufschlag in Deutschland für die ersten 20 ha je Betrieb einzuführen.) Außerdem wollen die Agrarminister die Höhe des Aufschlags begrenzen: Er soll 65 Prozent der nationalen oder regionalen Durchschnittszahlung je Hektar nicht übersteigen dürfen. Bei 310 Euro je Hektar im Durchschnitt, die in Deutschland für das Jahr 2014 etwa zu erwarten sind, würde das einen Aufschlag von bis zu 201 Euro je Hektar ermöglichen. Das zeigt schon, welches Potenzial in dem neuen Instrument steckt. Wenn der Rat sich mit dieser Beschränkung im Trilog mit Parlament und Kommission nicht durchsetzt, ist sogar noch mehr drin für die ersten Hektar. Im Folgenden sollen die sich daraus ergebenden Möglichkeiten aufgezeigt werden.

Wie viel Geld für den Aufschlag?	
EU-Topf für Direktzahlungen in DE 2014	5,18 Mrd. €
Max. Summe für Aufschlag (30 %)	1,55 Mrd. €
Aufschlag für die ersten 20 ha	
Landw. Nutzfläche (LF) in DE ges.	16,70 Mio. ha
LF der Betriebe mit max. 20 ha LF	1,34 Mio. ha
erste 20 ha der größeren Betriebe	3,23 Mio. ha
erste 20 ha zusammen in DE	4,57 Mio. ha
Max. Aufschlag für die ersten 20 ha/Betrieb	340 €/ha
Verringerung der restlichen Zahlungen je ha	93 €/ha
Effektive Erhöhung für die ersten 20 ha	247 €/ha
Effektive Erhöhung in Prozent	80 %
Aufschlag für die ersten 50 ha	
LF der Betriebe mit max. 50 ha LF	3,88 Mio. ha
erste 50 ha der größeren Betriebe	4,26 Mio. ha
erste 50 ha zusammen in DE	8,14 Mio. ha
Max. Aufschlag für die ersten 50 ha/Betrieb	191 €/ha
Verringerung der restlichen Zahlungen je ha	93 €/ha
Effektive Erhöhung für die ersten 50 ha	98 €/ha
Effektive Erhöhung in Prozent	32 %

gestellten, Direktzahlungsmittel in die zweite Säule zu verlagern, also hin etwa zu Agrarumweltmaßnahmen, Ökologischer Landwirtschaft, Tierschutzmaßnahmen oder Stallbauförderung, Beratung und ländlichen Wegebau. Auf die Einführung dieser Möglichkeit zur Umverteilung zwischen den zwei Säulen der Agrarpolitik hatten sich schon die Staats- und Regierungschefs der EU Anfang Februar 2013 geeinigt.

Aufschlag im Trilog

Eine zweite nationale Handlungsoption ist ebenfalls so gut wie sicher: Die Mitgliedstaaten können bis zu 30 Prozent der oben schon genannten nationalen Direktzahlungssumme nehmen und mit diesem Geld einen Zahlungsaufschlag für die ersten Hektar je Betrieb einführen. Dieses neue Instrument ist als nationale Option sowohl im Verhandlungsmandat des EU-Parlaments als auch in dem des EU-Agrarministerrates (jeweils vom März 2013) enthalten,

Potenzial in Deutschland

Nach Vorschlag der EU-Kommission werden Deutschland für das (EU-Haushalts-) Jahr 2014 insgesamt knapp 5,18 Mrd. Euro für Direktzahlungen zur Verfügung stehen (siehe Tabelle). Bis zu 30 Prozent davon kann Deutschland für den Zahlungsaufschlag für die ersten Hektar einsetzen, also maximal gut 1,55 Mrd. Euro.

Wenn Bund und Länder sich entscheiden, diese Summe für einen bundeseinheitlichen Aufschlag für die ersten 20 ha einzusetzen, ergibt sich folgende Rechnung (in der Tabelle analog durchgeführt für die ersten 50 ha): Insgesamt beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland 16,7 Mio. ha. Nach der Agrarstrukturerhebung 2010 bewirtschaften 46 Prozent aller Betriebe jeweils höchstens 20 ha Nutzfläche, zusammen kommen sie auf 1,34 Mio. ha (acht Prozent der Nutzfläche in Deutschland). Die größeren Betriebe haben natürlich auch „erste“ 20

ha, und zwar zusammen 3,23 Mio. ha. Die „ersten 20 ha“ aller Betriebe umfassen somit 4,57 Mio. ha, also gut ein Viertel der gesamten Nutzfläche in Deutschland.

Bis zu 80 Prozent mehr

Werden nun die maximal möglichen 30 Prozent der Direktzahlungsmittel eingesetzt, ergibt sich ein Aufschlag für die ersten 20 ha von 340 Euro je Hektar. Die effektive Erhöhung der Direktzahlungen je Hektar für den Betrieb liegt allerdings niedriger: bei 247 je ha, denn durch den Einsatz von 30 Prozent der gesamten deutschen Direktzahlungsmittel für den Zahlungsaufschlag verringern sich die „restlichen“ Direktzahlungen für jeden Hektar im Bundesdurchschnitt um 93 Euro, auch für jeden der ersten 20 ha. Die effektive Erhöhung um die knapp 250 Euro für die ersten 20 ha entspricht einem Zugewinn von stolzen 80 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt bzw. zu der Situation, wenn Deutschland keine Aufschlagsregelung einführen würde.

Wer verliert?

Für diejenigen prämieneberechtigten Flächen, die ein Betrieb über 20 ha hinaus hat, verringert sich die Prämie um die besagten 93 Euro je ha bzw. 30 Prozent. Je mehr Hektar ein Betrieb über 20 ha hinaus hat, umso mehr fällt dieser Prämienverlust für diese Flächen für den Gesamtbetrieb ins Gewicht. Der Scheitelpunkt, wo der Zugewinn aus dem Aufschlag für die ersten 20 ha des Betriebes durch die verringerte Zahlung aus den weiteren Hektaren aufgezehrt wird, liegt bei 73 ha (in der Variante „Aufschlag für die ersten 50 ha“ bei 103 ha). Nach den Daten der Agrarstrukturerhebung 2010 würden somit bei einem 20-ha-Aufschlag rund 80 Prozent aller Betriebe in Deutschland gewinnen, 20 Prozent würden verlieren.

Ein 1.000-ha-Betrieb bekommt zwar auch für 20 ha den vollen Aufschlag, das fällt aber angesichts des Verlustes für seine „restliche“ Fläche kaum noch ins Gewicht, so dass er bezogen auf den Gesamtbetrieb 28 Prozent verliert im Vergleich zu einer Nichteinführung des Aufschlags in Deutschland.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch erwähnt: Setzt sich der Agrarministerrat mit seiner Forderung durch, den Aufschlag – wie eingangs beschrieben – auf höchstens 201 Euro je ha zu begrenzen, dann würden für einen so begrenzten 20 ha-Aufschlag in Deutschland insgesamt gut 900 Millio-

nen Euro gebraucht, was nur 18 Prozent der nationalen Direktzahlungssumme ausmachen würde und zu einem entsprechend niedrigeren Minus bei den Flächen oberhalb von 20 ha je Betrieb bedeuten würde. Die effektive Erhöhung für die ersten 20 Hektar würde dann 146 Euro betragen, was immer noch ein beachtliches Plus von 47 Prozent ist.

Außerdem sei darauf hingewiesen, dass bei den Berechnungen hier weitere mögliche Umschichtungen wie die zur zweiten Säule oder zu benachteiligten Gebieten, Junglandwirten oder Kleinstlandwirten nicht berücksichtigt sind. Diese Umschichtungen verringern allerdings allein die Basisprämien, nicht aber den Aufschlag und die direkt an das Greening gebundenen Zahlungen, denn Aufschlag und Greening-Komponente beziehen sich immer auf das nationale Ausgangsbudget für Direktzahlungen insgesamt, nicht auf den „Rest“ nach Umverteilungen.

Gute Gründe

Es zeigt sich, dass das Instrument „Aufschlag für die ersten Hektar“ viel Potenzial hat, die kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe finanziell ganz erheblich zu stärken. Freilich muss dafür etwa ein Fünftel aller Betriebe etwas abgeben – je flächenstärker, umso mehr, bis zu knapp 30 Prozent. Es ist eine Umverteilung, für die es gute Gründe gibt:

1.) Heute bemessen sich die Direktzahlungen eines Betriebes fast nur noch nach seiner Flächengröße. Für jeden Hektar mehr gibt es eine Hektar-Zahlung mehr. Aber die gesellschaftlichen Leistungen der Betriebe wachsen eben nicht linear mit der Betriebsgröße. Das lässt sich z.B. schon an den kleinstrukturierten Landschaften mit ihren vielen kleineren Schlägen, ihrem hohen Anteil an Hecken, Ackerrainen und anderen Strukturen ablesen: Diese Landschaften hängen unmittelbar von dem Wirtschaften kleinerer und mittlerer Betriebe ab.

2.) Auch der Aufwand der Betriebe für die Einhaltung von Gesetzen oder Normen (z.B. Cross Compliance) wächst nicht linear mit dem Flächenumfang der Betriebe mit. Denn flächenstarke Betriebe sind überdurchschnittlich oft reine Ackerbaubetriebe ohne Tierhaltung, während Betriebe mit weniger Fläche überdurchschnittlich mit Tierhaltung verbunden sind, um so ein Einkommen zu erwirtschaften. Mit der Tierhaltung kommen weitere Auflagen

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite vier unten

hinzu, so dass kleinere und mittlere Betriebe in der Tendenz einen höheren Aufwand zur Einhaltung von Standards leisten müssen als größere Betriebe, mindestens im Verhältnis zur Fläche. Außerdem sind die Marktpreise für Ackerfrüchte im Schnitt der letzten Jahre weit stärker gestiegen als die für Fleisch und Milch.

3.) Die flächenstärkeren Betriebe kommen zusammen zwar auf einen hohen Anteil an der Agrarfläche in Deutschland, aber ihr Anteil an der gesamten Arbeitsleistung der Landwirtschaft ist deutlich niedriger. Wie das Diagramm unten zeigt, bewirtschaften alle Betriebe mit je mehr als 100 ha zusammen zwar über die Hälfte der Agrarfläche Deutschlands (55 Prozent), aber ihr Anteil an der Arbeitsleistung der deutschen Landwirtschaft ist mit 27 Prozent nur halb so groß (ausgedrückt in Arbeitskrafteinheiten: eine AKE entspricht einer Vollzeitkraft). Umgekehrt bewirtschaften die kleineren Betriebe (bis 50 ha) zwar nur knapp ein Viertel der Gesamtfläche, sie vereinen aber gut die Hälfte der gesamten Arbeitsleistung auf sich. Nicht Fläche verdient Einkommen, sondern die auf der Fläche geleistete Arbeit, und so ist es nur gerecht, wenn mehr Geld dahin geht, wo mehr Arbeit geleistet wird – in die kleineren und mittleren Betrieben.

ABL denkt noch weiter

Die Statistik liefert natürlich nur Durchschnittswerte. Es gibt auch kleine Betriebe mit einer sehr rationalisierten Monokultur, die z.B. auf ihrer wenigen Flächen Jahr für Jahr Mais für umliegende Biogasanlagen anbauen. Solche Betriebe ziehen – wie gesagt – den Durchschnitt nicht wesentlich nach unten, aber es gibt sie. Um auch hier zielgenauer zu differenzieren, fordert die ABL nicht nur eine konsequente Greening-Regelung (z.B. gegen Monokulturen), sondern als weiteren Schritt die Berücksichtigung des kalkulatorischen Arbeitszeitbedarfs der einzelnen Betriebe bei der Bemessung

der Direktzahlungen. Die vollen, um den Aufschlag erhöhten Zahlungen sollen dann nur solche Betriebe erhalten, die durch entsprechende arbeitsintensive Betriebszweige und Strukturen auch tatsächlich einen höheren Arbeitsaufwand haben. Dabei soll aber niemand mit der Stoppuhr in den einzelnen Betrieben stehen, sondern es werden (kalkulatorische) Durchschnittswerte zugrunde gelegt, ähnlich wie die Berufsgenossenschaft das bei ihrer Beitragsberechnung vollzieht (dort aber mit dem Ziel, von arbeitsintensiven Betrieben höhere Beiträge einzufordern).

Zusammenfassung

In der nationalen Umsetzung der aktuellen EU-Agrarreform kann Deutschland die Flächenzahlungen je Hektar für kleinere und mittlere Betriebe erheblich erhöhen. Wenn die maximal möglichen 30 Prozent des deutschen Direktzahlungstopfes eingesetzt werden und auf die ersten bis zu 20 Hektar je Betrieb verteilt werden, ist eine Erhöhung um bis zu 250 Euro je Hektar oder 80 Prozent für diese ersten 20 ha drin.

Profitieren davon würden alle Betriebe mit bis zu gut 70 ha, und damit rund 80 Prozent aller Betriebe. Alle größeren Betriebe verlieren, je größer, umso mehr – bis zu knapp 30 Prozent in der Spitze.

Für diese Umverteilung gibt es gute Gründe, denn kleinere Betriebe erbringen mehr gesellschaftliche Leistungen, haben mehr Aufwand zur Einhaltung von Gesetzen. Zudem erbringt die Gruppe der Betriebe mit bis zu 50 ha Fläche vier mal so viel Arbeitsleistung je Hektar wie die Gruppe der Betriebe mit über 100 ha.

Die Beschlüsse zur nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform fallen nach der Bundestagswahl. Bauern und Steuerzahler sollten vorher wissen, was die jeweiligen Parteien nach der Wahl umsetzen werden.

Ulrich Jasper

Europas Milchpolitik vor dem Kanzleramt

Das European Milk Board hat alle europäischen Milchbäuerinnen und Milchbauern aufgerufen am 3. und 4. Juni 2013 nach Berlin zu kommen. Tausende machen sich mit Traktoren und Faironikas auf und protestieren vor dem Kanzleramt. In der Kritik: die Blockadehaltung der deutschen Bundesregierung auf EU-Ebene gegenüber wirkungsvollen Maßnahmen zur Steuerung des Milchmarktes. Durch diese Haltung steht u.a. der Vorschlag eines freiwilligen Lieferverzichts als neuartiges Kriseninstrument auf Ebene der LandwirtInnen auf dem Spiel. pm

Hofabgabeklausel in der Kritik

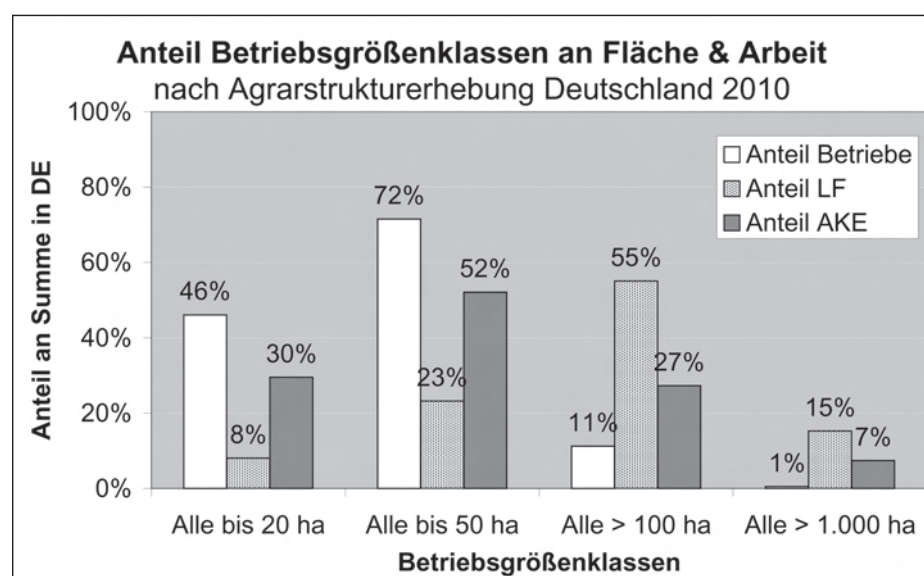
In Rheinland-Pfalz hat sich Ende April überraschend die CDU-Fraktion zeitgleich mit der SPD-Grünen-Koalition für die Abschaffung der Hofabgabeklausel ausgesprochen. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für eine „generationenverträglichere Hofübergaberegulation“ einsetzen. Die rheinland-pfälzische CDU betritt damit innerhalb der eigenen Partei bundesweit neue Wege. Und setzte noch einen drauf, indem sie außerdem die landwirtschaftliche Altersversorgung in die allgemeine Altersversorgung übertragen wollen. Dies stößt jedoch u.a. bei der Grünen Landwirtschaftsministerin des Landes, Ulrike Höfken, auf Unverständnis, da es sich um einen wesentlichen Bestandteil der landwirtschaftlichen Sozialversicherung handelt. Deren Organisation sei erst kürzlich mit viel Aufwand umstrukturiert worden. Im Juni findet im rheinland-pfälzischen Landtag eine Anhörung verschiedener Experten zum Thema statt. cw

Fleischindustrie muss sich bewegen

Mit sechs Unternehmen aus der Fleischindustrie trafen sich die niedersächsischen Minister Christian Meyer und Olaf Lies (Agrar und Wirtschaft), um Sozialdumping zu diskutieren. Die Branche ist unter Druck, spätestens seit die belgische Regierung vor der EU eine Klage gegen die wettbewerbsverzerrenden Bedingungen in Deutschland angeschoben hat. Nirgendwo sind die Arbeitsbedingungen durchgängig so schlecht, die Löhne so niedrig wie in der deutschen Fleischbranche. Stundenlöhne zwischen 3 und 7 Euro für, zu einem großen Teil ausländische, Arbeitnehmer, die in vielen Betrieben nur über Werkverträge von Subunternehmern organisiert sind, führen häufig zu menschenunwürdigen Bedingungen. Hinzu kommt eine harte Arbeit, häufig im Akkord. Die Gewerkschaften kämpfen schon lange für einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde aber erst seit dem belgischen Protest und einem Ministerbesuch von dort in Deutschland ist die Industrie so unter Druck, dass sie nun zu Zugeständnissen bereit ist. Die niedersächsischen Minister verabredeten verstärkte Kontrollen und versprachen Unterstützungen, wenn die Unternehmen sich bemühen. Weitere Gespräche sollen folgen. cs

Bundesrat uneins über Handelspolitik

Der Bundesrat hat am 3. Mai dem neuen Handelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien zugestimmt. Allerdings nur knapp. Alle rot-grün und rot-rot regierten Bundesländer haben ihre Zustimmung verweigert. Dennoch hat die SPD es versäumt, ihre Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen und sich in einem weiteren Bundesland zu enthalten, um das Abkommen zu verhindern. EU-Handelskommissar Karel de Gucht hat sich kurz vor dem Bundesratsentscheid noch mit einem Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gewendet, in dem er feststellte, dass es in Deutschland „eine Diskussion über den Mehrwert des Abkommens in Bezug auf Menschenrechte sowie Sozial- und Umweltstandards zu geben“ scheint. Damit kann eine kräftige Lobbybriefaktion seitens der deutschen Zivilgesellschaft im Vorfeld des Bundesratsbeschlusses gemeint sein. De Gucht hielt es in dem Brief für notwendig, Kraft als „Kordinatorin der A-Länder“ die Bedeutung des Abkommens auch in Bezug auf die „positive Wirkung der Armutsbekämpfung“ zu erläutern. Ein neues Freihandelsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika steht bereits in der Tür. Am 7. Juni wird der Bundesrat darüber entscheiden. Zurzeit erreichen die Bundesratsmitglieder wieder Lobbybriefe mit der Aufforderung, das Abkommen in dieser Form abzulehnen. bet



Erfolg ist nicht immer reproduzierbar

Die Upländer Bauernmolkerei ist ein Erfolgsmodell - auf die Käseproduktion ließ es sich aber nicht übertragen

Steuerung im Milchmarkt

Vom EU-Parlament kam mit dem freiwilligen Lieferverzicht in Krisenzeiten ein neuer, konstruktiver Vorschlag zum Umgang mit Preisverfällen auf dem Milchmarkt in die Debatte: Wer über einen Zeitraum von drei Monaten 5 % weniger Milch ablieferte, bekäme eine Prämie und gleichzeitig gäbe es Abzüge für diejenigen, die 5 % mehr liefern. Tragen würden so zumindest einen Teil der Kosten diejenigen, die durch starke Erhöhung der Milchmenge zum Preisverfall beitragen. Dagegen sträuben sich von deutscher Seite gleichsam Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner als auch der Bauernverband und der Milchindustrieverband. Investitionsunwillige Wachstumsbetriebe würden so benachteiligt, die Kosten für die Maßnahme seien zu hoch, viele Details ungeklärt. Statt an einer praktikablen Ausgestaltung zu arbeiten, wird von dieser Seite hauptsächlich auf die Unterstützung privater Lagerhaltung gesetzt, um die schwankenden Preise zu dämpfen. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș versucht derzeit, angesichts vielfältiger ablehnender Stimmen, die Diskussion um zusätzliche Instrumente zur Absicherung des Milchmarktes aus dem Prozess der Agrarreform auf die, für Ende September geplante, Brüsseler Konferenz zum Milchsektor zu verschieben. cw

Die Milcherzeugergemeinschaft in Hessen hat vor 18 Jahren in Usseln eine Molkerei übernommen. Das Besondere der Upländer Bauernmolkerei ist, dass die Bauern deren Träger sind. Alles was die Molkerei erwirtschaftet, wird den Bauern ausbezahlt. Auch deshalb gehörten die Auszahlungspreise immer zu den besten der Branche. Zuerst wurde neben ca. 1 Mio. Litern Biomilch zur Auslastung auch konventionelle Milch zugekauft und verarbeitet. Nach und nach stellten die Bauern ihre Molkerei auf die ausschließliche Verarbeitung von Biomilch um. Kontinuierlich ist die Milcherzeugergemeinschaft und auch die Molkerei gewachsen. Inzwischen werden 42 Mio. kg Biomilch in Willingen Usseln zu guten Produkten mit hoher Qualität verarbeitet. Im Januar 2011 konnte das Käsewerk von Hochwald in Neukirchen übernommen werden. Die erfolgreiche Strategie aus den Anfängen der Upländer Bauernmolkerei wollte man hier im Bereich Käse wiederholen. Die Auslastung der Belegschaft und laufende Kosten sollten durch eine konventionelle Schiene sicher gestellt werden. Möglichst schnell sollte parallel die Verarbeitung von Biomilch aufgebaut werden.

Die Pläne scheiterten

Aufgrund der Zahlungsschwierigkeiten des Käsewerks Anfang diesen Jahres musste die Upländer Bauernmolkerei das Milchgeld für die gelieferte konventionelle Milch von Hochwald der letzten Zeit bezahlen, ohne es direkt von Neukirchen zurück zu bekommen. Die bestehenden Forderungen gehen in das Insolvenzverfahren mit ein, dass aber zwei Jahre dauern kann. Das Milchgeld an Hochwald ist inzwischen vollständig bezahlt. Neben den Schwierigkeiten, am

Biomarkt Fuß zu fassen, bis zum Schluss wurden in Neukirchen nur zehn Prozent Biokäse produziert, macht Josef Jacobi, Vorstandsvorsitzender der Milcherzeugergemeinschaft, eine wenig nachhaltige Beratung durch die hinzugezogene Unternehmensberatung Team Müller Consulting aus. Bis Ende 2012 hatte Müller neben der Beratung auch den Vertrieb verantwortlich übernommen. Wiederholt sei ihnen von dieser eine Ausweitung der Produktion empfohlen worden, ohne dass ein kostendeckender Absatz sichergestellt gewesen sei, berichtet Jacobi.

Bäuerliche Unternahmergemeinschaft

Den entstandenen Schaden tragen die Mitglieder der Milcherzeugergemeinschaft. Sie waren auch die Betreiber der Molkerei in Neukirchen. Vor allem aber sind sie die Betreiber der Upländer Bauernmolkerei. Betrachtet man die Milchauszahlungspreise, scheint das größte überstanden. Nach einem Vorschuss zur Sicherung der Liquidität der Upländer Molkerei in Höhe von 18 Cent im Februar, der den Milchpreis auf 22 Cent sinken ließ, betrug die Auszahlungspreise im März 36, im April 38 und im Mai 40 Cent. Dass die Upländer Bauernmolkerei auf soliden betriebswirtschaftlichen Daten kalkuliert, hat inzwischen auch Prof. Dr. Christian Kammlot von der Universität Trier bestätigt. Der vielleicht größte Schaden der Expansionspläne der Milchbauern ist die Verunsicherung, die sich in Folge des Misserfolgs unter den Mitgliedern eingestellt hat. Im Konzept und der Struktur der Bauernmolkerei liegt begründet, dass die Bauern als Mitglieder und Mitunternehmer die Entscheidungen treffen. Alle

Entscheidungen, von der Übernahme bis hin zum Entschluss, sich vom Käsewerk in Neukirchen zu trennen, wurden einstimmig gefällt. Mehr Engagement schien in der Vergangenheit nicht nötig: Die Auszahlungspreise lagen immer an der Spitze. Die Molkerei wuchs. Das Milchgeld kam zuverlässig. Jetzt sind die Mitglieder, die Milchbauern als Unternehmer gefragt. Stehen wir auch in schlechten Zeiten zu unserer Molkerei? Welchen Wert hat diese Selbstständigkeit für uns?

Es geht wieder aufwärts

Ökonomisch betrachtet ist es zumindest fragwürdig, welchen Vorteil ein Wechsel zu einer anderen Molkerei haben könnte. Die Kündigungsfrist beträgt laut Satzung zwei Jahre. Dem Versuch, fristlos zu kündigen, muss und wird die Molkerei mit allen Mitteln entgegenzutreten, bestätigt Jacobi. In zwei Jahren allerdings wird man die aktuellen Schwierigkeiten hinter sich gelassen haben. In Willingen Usseln produziert die einzige Molkerei in Bauernhand. Die Produktionskosten liegen unter denen anderer vergleichbarer Biomolkeereien. Durch die Investition in moderne Technik und eine bessere Auslastung ist es gelungen, die Kapazitäten zu steigern. Der Absatz der Produkte ist nach Auskunft der Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink sehr gut und die Nachfrage steigt. Selbst die konservativen Prognosen von Prof. Dr. Kammlot gehen von einem Milchpreis von 40 Cent plus x aus.

Verstärkung an der Spitze

Änderungen wird es in der Organisationsstruktur der Molkerei geben. Auch die negativen Erfahrungen mit einer externen Unternehmensberatung haben zu dem Beschluss geführt, einen zweiten gleichberechtigten Geschäftsführer mit Schwerpunkt auf den ökonomischen Belangen einzustellen. mn



Milch ist bei der Upländer Bauernmolkerei gut aufgehoben

Foto: Jasper

Richtigstellung:

In dem Artikel „Die Insolvenz darf nicht zum Strudel werden“ auf Seite 6 Ausgabe Mai 2013 der *Unabhängigen Bauernstimme* wird behauptet: „Auf ca 4 Mio. Euro belaufen sich die Schulden. Geld, das die Upländer Bauernmolkerei an Hochwald zahlen muss.“ Diese Aussage ist falsch. Richtig ist: Die Upländer Bauernmolkerei hat keine Schulden bei der Hochwaldgruppe. Zum Stand 1. Mai 2013 bestanden laufende Verbindlichkeiten aus Milchlieferungen in Höhe von 279.901,- Euro. Die Zahlungen erfolgen laufend nach Plan.

Ziele der Milcherzeuger im Blick behalten

Interview mit Ernst Halbmayr, Milcherzeuger, IG-Milch-Gründer und Geschäftsführer der Freien Milch Austria

Interview mit Ernst Halbmayr, Milcherzeuger, IG-Milch-Gründer und Geschäftsführer der Freien Milch Austria.

Unabhängige Bauernstimme: In der IG-Milch gab es in den letzten Monaten große Konflikte. Was ist aus Deiner Sicht passiert?

Ernst Halbmayr: Das ist schwer zu erklären. Der Vorstand war geteilter Meinung und wurde dadurch arbeitsunfähig. Nach außen hin schieden sich die Geister an der Frage, ob der IG-Milch-Vorstand hinter dem Weg der Freien Milch Austria GmbH stehen oder sich davon distanzieren soll. Die Marktlage im letzten Jahr war sehr schwierig und so hatte die Freie Milch Austria einige Monate sehr niedrige Auszahlungspreise. Inzwischen hat sich die Position der Freien Milch am Markt wieder verbessert und unser Auszahlungspreis von 32,5 Cent entspricht aktuell dem österreichischen Durchschnittspreis und wird in den nächsten Wochen steigen. Doch das entscheidende Problem war, dass einige Vorstandsmitglieder sich von den ursprünglichen Zielen und der Vorgehensweise der IG-Milch verabschiedet haben, und stattdessen eher in Bauernverbands-Manier agierten.

Warum ist die Situation so eskaliert?

Erna Feldhofer und ihre Unterstützer wollten unbedingt im Amt bleiben und ihre Linie durchsetzen. Sie haben dreizehn Gerichtsverfahren angestrengt, die sie alle verloren haben. Außerdem haben sie falsche Anschuldigungen über die Medien verbreitet, um die eigene Position zu verbessern, was ihnen aber schlussendlich nicht gelungen ist. Bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 30. April 2013 in Neuhofen/Ybbs haben die Mitglieder der IG-Milch entschieden, den Vorstand abgewählt und vorher nicht entlastet. Ewald Grünzweil, Mitbegründer der IG-Milch, ist wieder zum Obmann gewählt worden.

Was sind Eure nächsten Schritte als IG-Milch?

Wir werden bald wieder eine Mitgliederversammlung machen. Es gilt, die Mitglieder weiterhin über die internen Vorgänge aufzuklären. Transparenz

und offene Aussprache sind ganz wichtig. Und wir werden die Charakteristika der IG-Milch wieder pflegen, das heißt direkte Sprache und Unbeugsamkeit, für die gemeinsame Sache eintreten, also für faire Rahmenbedingungen und einen anständigen Milchpreis.

Aktuell sehen sich viele Almbetriebe mit Rückforderungen von Direktzahlungen konfrontiert. Die Flächen wurden laut EU nicht korrekt angegeben. Die Ämter, die bei der Festlegung der Flächen involviert waren, weisen sämtliche Vorwürfe zurück und so sind es aktuell die Bauern, die die Folgen ver-



Ernst Halbmayr auf der ABL-Mitgliederversammlung Foto: Redaktion

kraften müssen. Der nahende Ausstieg aus der Quote – da gilt es die Milchbauern zu begleiten. Und dann steht natürlich auch die GAP-Reform auf der Tagesordnung. Es gilt, den Verband Schritt für Schritt wieder auf volle Kraft hochzufahren.

Mit „Freier Milch Austria“ und „A faire Milch“ kamen für die IG-Milch auch Wirtschaftsthemen dazu. Spielt das eine Rolle für das Entstehen des Konfliktes?

Wir haben die drei Organisationen immer als Gesamtkonstrukt gesehen. Die IG-Milch als politische Interessenvertretung der Milcherzeuger. Die faire Milch als eigene Milchmarke, die hilft, die bäuerlichen Anliegen in die Gesellschaft zu tragen. Und die freie Milch Austria, um als Bauern in die Wertschöpfungskette einzutreten und auch,

um die Dienstleistungen Milchabholung und -verkauf für die Bauern sicher zu stellen, damit sie ihre politische Arbeit weitermachen können. Auch dann, wenn die Molkereien sich quer stellen. Unsere Wirkung als Milcherzeuger-Bewegung ist dadurch gestiegen und das erzeugt größeren Widerstand. Vor allem auch innerhalb des eigenen Berufsstandes.

Siehst Du weitere Gründe für die Zunahme von Konflikten auch innerhalb anderer Milcherzeuger-Organisationen?

Das Ende der Milchquote naht. Die Position der Erzeuger gegenüber den Molkereien wird noch schwächer, die Verarbeitungsbetriebe machen mehr Druck auf die Erzeuger. Es gibt mehr Unsicherheit und mehr Konflikte. Innerhalb der Verbände gibt es dann die Engagierten, die weiter kraftvoll für die Sache der Milcherzeuger eintreten. Und es gibt die, die nicht mehr an den Erfolg glauben und Angst haben, dass sie von den Molkereien aufgrund ihrer politischen Aktivitäten zukünftig benachteiligt werden, wenn es um Mengen oder Lieferbedingungen geht. Sie bemühen sich, die Gunst der Verarbeitungsbetriebe wieder zu erlangen, auch über deutliches Gegensteuern innerhalb ihrer Verbände.

Kann man als Verband solchen Konflikten, wie die IG-Milch sie erlebt hat, vorbeugen?

Ich glaube man kann nur vermeiden, dass Konflikte so ausarten, wie es bei uns geschehen ist. Die Konflikte an sich vermeiden kann man nicht. Sie liegen in der Natur einer Milcherzeuger-Bewegung, die sehr schnell gewachsen ist. Und Bauern sind Individualisten. Entscheidend ist es aus meiner Sicht, Konflikte rechtzeitig wahrzunehmen und aktiv zu ihrer Klärung beizutragen. Wir haben bei der IG-Milch etwas zu lange gewartet, in der Hoffnung, dass sich der Konflikt mit Ruhe und Schritt für Schritt am besten auflösen lässt. Das war ein Fehler.

Sehr wichtig ist, dass der Verband ein klares Leitbild hat und dieses vom Vorstand mit großer Geschlossenheit vertreten wird. Im Fall der IG-Milch haben wir ursprünglichen Gründer uns zu rasch zurückgezogen. Und dann hat die Sache ein Eigenleben entwickelt, die

ursprünglichen Ziele der IG-Milch wurden aufgeweicht. Es muss den Milcherzeuger-Verbänden weiter gelingen, in der Verschiedenheit eine gemeinsame Kraft zu entwickeln und zu erhalten. Eine hohe Konfliktfähigkeit, eine klare strategische Ausrichtung und persönliche Stärke sind hilfreich, um Konflikte konstruktiv zu lösen und als Verband seine Ziele erfolgreich zu verfolgen.

Wie ist die Stimmung unter den Milcherzeugern?

Aktuell schlecht. Sogar Milcherzeuger, die nicht Mitglied bei der IG-Milch sind, leiden mit, wenn sie sehen, wie viel Energie für interne Konflikte verbraucht wird. Und viele realisieren erst jetzt, was der Ausstieg aus der Quote bedeuten wird. Die positive Milchmarktentwicklung hat sich in Österreich noch nicht in höheren Auszahlungspreisen niedergeschlagen (aktuell 32 bis 34 Cent pro Liter bei 4,2 % Fett und 3,4 % Eiweiß). Zugleich steigen die Produktionskosten und die Produktivitätsfortschritte machen den Einkommensverlust nicht mehr in dem Ausmaße wett, wie es früher möglich war. Staffelpreise der Molkereien und auch politische Regelungen erhöhen die Kosten der Kleinbetriebe zusätzlich und entwerten ihre Arbeit damit systematisch. Es gibt viel Arbeit für die IG-Milch.

Wie wird der Milch-Markt sich entwickeln und was kann das für die IG-Milch und die Freie Milch Austria bedeuten?

Der Milchmarkt wird sich in den nächsten Monaten positiv entwickeln. Alle Signale stehen auf steigende Preise. Hier in Österreich entwickeln sich die Milch-Anlieferungen nicht so wie von den Molkereien gedacht, zugleich werden die Verarbeitungskapazitäten weiter ausgebaut. Die Berglandmilch hat gerade eine sms an ihre Lieferanten verschickt, in der sie schon jetzt ankündigt, dass es den Vermarktungsbeitrag in 2014 faktisch nicht geben wird: "Wir brauchen Milch. Der Vermarktungsbeitrag für 2014 beträgt 0 Ct." Es wird zu einer Unterversorgung kommen. Das wird die wirtschaftliche Situation der Freien Milch und der Milcherzeuger stabilisieren. Und es wird die Bäuerinnen und Bauern motivieren, sich wieder verstärkt in die IG-Milch einzubringen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Sonja Korpeter



Wir sind es Mega satt Demo in Amsterdam

Foto: Grüner

Kurzes am Rande

„We zijn het Mega zat – Het kan anders!“

Am 18. Mai fand in Amsterdam die zweite holländische Demonstration mit 1.000 Teilnehmern - unter dem Motto „We zijn het Mega zat - Het kan anders“ („Wir sind es Mega satt – Es geht anders!“) statt. „Mega“ bezieht sich auf den Protest gegen „Megaställe“, der in einigen Provinzen sogar zu einem begrenzten Baustopp führte und zu einem zeitlich begrenzten Bau-Moratorium während der vom Parlament initiierten öffentlichen Internet-Diskussion. Die Redner forderten eine artgerechte Tierhaltung und nachhaltige Landwirtschaft, einen endgültigen Baustopp für Megaställe und ein Ende der Subventionen für intensive Tierhaltung. Es kamen auch die Gentsch-Soja-Futtermittel-Importe zur Sprache, ebenso die unzureichenden Tierschutzbestimmungen bei den zahlreichen Stallbränden. Die Bauerninitiative „Plattform ABC“ (Aarde-Boer-Consument = Erde-Bauer-Verbraucher), der auch die niederländischen Ackerbau- und Milchviehalter-Verbände und die Bauerngruppe Wageningen angehören, war mit einem Stand vertreten. Die deutschen Delegationen der Erwerbsloseninitiativen und des Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ wurden bei der Kundgebung herzlich begrüßt. *en*

DBV: Agrarfabriken statt Bauernhöfe?

In einer Pressemitteilung prangert der Bauernverband die Verhinderung von angeblich 2.500 Arbeitsplätzen durch die Verbände und Bürgerinitiativen des Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ an. Offensichtlich völlig egal und keiner Erwähnung wert ist dem DBV dabei die Tatsache, dass durch die Expansion der Agrarindustrie ja stets ein Vielfaches an bäuerlichen Arbeitsplätzen verdrängt und die ruinöse Abhängigkeit in Lohn- und Vertragsmast erhöht wird. Die AbL kritisierte die Ausrichtung des DBV auf 5 % agrarindustrielle Betriebe zu Lasten von 95 % der Landwirte. Im gesellschaftlichen Abseits sieht die AbL die Bauernverbandsspitze auch mit ihrer absurden Behauptung, „jeder neue Stall“ bedeute mehr Tierschutz. Dies treffe wohl auf viele Boxenlaufställe mittelständischer Milchbauern zu, mitnichten aber auf die Großanlagen in der Geflügel- und Schweinehaltung. Nicht ohne Grund fordere auch die EU-Kommission Deutschland auf, die EU-Tierschutz-Vorgaben endlich umzusetzen. Der unter der CDU-FDP-Landesregierung begonnene niedersächsische Tierschutzplan sei u.a. eine Reaktion darauf, er liste eine Vielzahl von gravierenden Tierschutz-Defiziten auf mit einer Fristsetzung zu deren Beendigung. Der Bauernverband schade den Tierhaltern, wenn er diese Realitäten perspektivlos immer noch zu verdrängen und zu beschönigen suche. *en*

Gentechnik: Petition gegen Behörden-Filz

Ein breites Bündnis aus Verbänden, Bauern- und Bürgerorganisationen fordert die Bekämpfung von Interessenkonflikten in den Behörden, die mit der Risikobewertung im Bereich der Gen- und Biotechnologie befasst sind. Die zuständige Ministerin Ilse Aigner, der die betroffenen Behörden und Bundesforschungsinstitute unterliegen, weist die Vorwürfe der mangelnden Transparenz und Interessenverflechtungen pauschal zurück und bleibt untätig. „Gerade bei Risikotechnologien ist eine, von einseitigen Lobbyeinflüssen, unabhängige Risikobewertung dringend geboten. Interessenverflechtungen zwischen Unternehmen und Behörden müssen vermieden werden. Dafür brauchen wir klare Regeln und mehr Transparenz. Mit unserer Petition geben wir dem Bundestag die Chance, hier endlich klare Signale zu setzen“, sagt die Petentin Ruth Tippe von der Gen-ethischen Stiftung. Das Bündnis fordert auch eine Neuordnung der Forschungsförderung. Unternehmen, die risikobehaftete Produkte vermarkten, sollen Gelder zur Förderung der unabhängigen Risikoforschung bereitstellen. Ziel ist es, bis zum 11. Juni 50.000 Unterschriften zu sammeln, damit sich der Bundestag mit dem Anliegen befassen muss. Der *Bauernstimme* liegt eine Liste bei. *av*

Zusammen arbeiten

AbL-Arbeitstreffen zur Frage der Struktur

Entscheidungen treffen, Arbeitsteilung, große Treffen organisieren, Kommunikation auf verschiedenen Ebenen - dafür gibt es eine Vielzahl an professionellen Techniken. Es ist immer wieder bereichernd, sich damit zu beschäftigen. Und weil die Themen Struktur und Kommunikation in letzter Zeit häufiger aufgetaucht sind - bei Gesprächen auf Mitgliederversammlungen, in Leserbriefen in der Bauernstimme und auf Tagungen der Jungen AbL wäre doch jetzt ein idealer Zeitpunkt dafür. Mit dem von uns organisierten und vom Bundesverband unterstützten Strukturwochenende möchten wir in einen Austausch- und Entwicklungsprozess einsteigen.

Mitwirken

Wie arbeiten wir als AbL gemeinsam an der Verwirklichung unserer Ziele? Wie entstehen Entscheidungen? Auch die Verteilung der Verantwortung innerhalb der AbL ist ein Thema. Es ist wünschenswert, dass die Zahl der Menschen weiter steigt, die sich für die AbL engagieren. Im Moment wird ein Großteil der politischen Arbeit vom Bundesvorstand, von den Landesvorständen und den hauptamtlichen Mitarbeitern bewältigt. Ist es möglich, durch Veränderung der Strukturen die aktive Mitwirkung auf allen Ebenen zu fördern? Für unsere ehrenamtlichen Aktivitäten, so gern wir sie tun und so wichtig sie auch für uns sind, steht neben unseren eigentlichen Arbeiten nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung. Umso wichtiger ist es, dass bei der investierten Zeit und Energie bestimmte Kriterien, z.B. Effizienz, Teilhabe und vertrauensvolle Zusammenarbeit, erfüllt werden. Natürlich dürfen auch der Spaß und ein gutes Gefühl an der Sache nicht zu kurz kommen! Deswegen ist es uns wichtig, innerhalb des gesamten Verbandes immer wieder einen Diskurs darüber zu führen, wie wir die Kommunikation und Struktur empfinden und weiterentwickeln könnten. Zum einen sind

wir interessiert an einem Austausch darüber, welche Arbeitsweisen in der Vergangenheit und gegenwärtig als besonders produktiv und zufriedenstellend wahrgenommen wurden und werden. Zum anderen ist es uns wichtig, eine Perspektive zu entwickeln, welche Arbeitsweisen sicherstellen, dass alle Engagierten eine zufriedenstellende Arbeitsgrundlage sehen. Ein möglicher Ansatzpunkt ist z.B. die Jahresmitgliederversammlung. Was hat sich bewährt? An welchen Stellen könnten wir neue Vorgehensweisen ausprobieren? Für uns stellt sich z.B. die Frage, wie wir den Raum für Austausch zwischen den Teilnehmer*innen erweitern und die Gleichberechtigung der Teilnehmer*innen stärken können. Nicht zuletzt ist dabei für uns von großer Relevanz, wie politische Positionen abgestimmt werden können, ohne dass bei Einzelnen oder Gruppen Frustration entsteht.

Gemeinsam selbst denken

Es macht sehr viel Spaß, Teil eines Vereins mit so viel Offenheit für „quer denkende“ und selbst denkende Menschen zu sein. Umso mehr sind wir motiviert, uns aktiv in dessen Entwicklung einzubringen. Deshalb laden wir alle Interessierten herzlich zum Mitgestalten, Diskutieren und Entwickeln neuer Ideen nach Schloss Tonndorf in Thüringen vom 29.6. (12 Uhr) bis 30.6. (13 Uhr) ein. Das Treffen wird begleitet von Thomas Waldhubel, einem externen Berater, der sich mit Kommunikation und Organisationsentwicklung und -beratung beschäftigt (siehe auch www.con-vivio.de). Übernachten könnt ihr im Zelt (5 €), im Heu (7 €), in Zimmern (15 €) oder im Gasthaus im Dorf (ca. 40 €). Meldet euch bitte spätestens bis zum 15. Juni unter junge-abl@abl-ev.de oder unter 05542-500267 an, damit Unterkunft und Verpflegung organisiert werden können.

Carla Proetz, Henrik Maaß und Rebecca Simon, junge AbL



Entspannt zusammen arbeiten.

Foto: Herzog

Die Strategie der krummen Gurken

Gartencoop in Freiburg setzt auf Verstehen und Vertrauen statt auf Freihandel

Jede Gurke, die man essen kann, landet bei der Gartencoop in der Gemüsekiste. Ob sie krumm ist oder gerade, groß oder klein, hellgrün oder dunkelgrün. Vielfalt ist Trumpf und es soll nichts verschwendet werden, sondern alles, was gut ist, in den Kochtöpfen der Mitglieder landen. Die Gartencoop Freiburg ist eine Kooperative der Solidarischen Landwirtschaft. Sie besteht aus einem landwirtschaftlichen Betrieb in Form einer GbR und einem Verein mit aktuell 260 Mitgliedern, die den

und die mühsame Suche nach Land begannen. Fündig wurde man schließlich auf einem Hof 20 km südlich von Freiburg. Der dortige Gemüsebauer wollte sich zur Ruhe setzen und verpachtete der Gruppe knapp neun ha Land. Dazu einen Lagerraum, eine kleine Scheune und ein Unterdach, das heute zum Packen des Gemüses dient. Einige aus der Kerngruppe sind heute als GärtnerInnen auf dem Hof tätig, andere in der Koordinationsgruppe der Kooperative engagiert.

den hat. Seine Antwort kommt prompt und engagiert: „Der freie Markt ist nicht attraktiv. Als Junglandwirt mit eigenem Hof hätte ich ständig mit Banken und Bürokraten zu tun. Über das Modell der Kooperative wird der Hof vom marktwirtschaftlichen Druck entlastet. Es entsteht Freiraum, den wir für den guten ökologischen Anbau und die Weitergabe von Wissen an die Mitglieder verwenden können.“ Das Fruchtfolgekonzept der GbR ist denn auch ausgeklügelt und die Vielfalt der angebauten, ausschließlich samenfesten Sorten groß.

Solidarische Ökonomie

Im Mittelpunkt der solidarischen Landwirtschaft steht eine gemeinsame Vereinbarung: Der Hof versorgt die Mitglieder und alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte. Ernteauffälle werden gemeinsam geschultert und reiche Ernten ebenfalls miteinander geteilt. Bezahlt wird für die Landbewirtschaftung, nicht für die Produkte. Solidarisch bezieht sich auch auf die Mitglieder des Vereins. Jeder soll mitmachen können. Kathrin erklärt, wie es funktioniert: „Bei der jährlichen Mitgliederversammlung stellt die Koordinationsgruppe die zu erwartenden Kosten für das nächste Jahr vor. Und dann gibt es eine Biete-Runde, bei der jedes Mitglied auf einen Zettel schreibt, welchen Mitgliedsbeitrag es leisten kann und möchte.“ Dieses System funktioniert ziemlich gut. Manche geben mehr als den Richtwert und so können andere, weniger Betuchte, einen geringeren Beitrag leisten. Das trifft auch

für die Mitgliedereinsätze zu. Oma Maier fällt das Bücken schwer und sie mag deshalb nicht aufs Feld. Aber sie kocht wunderbar und gerne. Und so freuen sich die Mitglieder am Mittwoch, wenn sie fertig sind mit Ernten, dass sie sich an den gedeckten Tisch setzen und schmausen können. Jedes Mitglied kann sich entsprechend seiner Interessen und Talente in die Gartencoop einbringen und von dem Wissen und der Erfahrung der Gärtner profitieren.

Lebensmittel sind keine Ware

Ich frage nach, ob es eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Bauern gibt. Lukas antwortet: „Ja, die gibt es. Wir helfen uns mit Geräten und Maschinen aus und manchmal macht der eine oder andere für uns was im Ackerbau. Auch im Beregnungsverband trifft man sich.“ Und wie sehen die Bauern Euch? „Die finden uns lustig, wie wir die Möhren mit der Hand jäten. Aber sie sehen auch, was wir schaffen und dass wir etwas aufbauen. Dass wir fleißig sind. Und das erkennen sie an.“ Und dann sagt Luciano aus dem Koordinationskreis noch etwas Essentielles: „Für uns sind Lebensmittel keine Ware.“ Damit ist das Selbstverständnis der Gartenkooperative auf den Punkt gebracht. Es geht um eine ökologisch und sozial nachhaltige Landbewirtschaftung, die einer Gruppe von Menschen, die sich mit dem Hof verbunden fühlen, Lebensmittel, also Mittel zum Leben liefert. Der Warenmarkt bleibt gewissermaßen außen vor.

Sonja Korpeter



Innerhalb von Freiburg wird das Gemüse per Fahrrad zu den einzelnen Depots gebracht

Gemüseanbau solidarisch finanzieren, tatkräftig anpacken und sich die Ernte teilen.

Wie alles anfang...

Im Sommer 2009 fuhren Luciano Ibarra und drei weitere Freiburger in die Jardins de Cocagne (Schlaraffen-Gärten) nach Genf. „Wir lernten dort eine Genossenschaft kennen, die schon seit 30 Jahren erfolgreich funktioniert und fern aller Marktlogik 420 Menschen mit Gemüse versorgt.“ Zurück zu Hause konnten sie viele andere für ein solches Projekt des gemeinsamen Gemüseanbaus begeistern. Eine Kerngruppe von Engagierten bildete sich

Gemeinschaftliches Arbeiten

Einmal wöchentlich wird frisches Gemüse vom Hof mit einem Carsharing-Bus zu einem Umschlagplatz in Freiburg transportiert. Dort wird es dann auf Fahrradanhänger umgeladen und per Muskelkraft an die einzelnen Depots transportiert, wo die Mitglieder es selber abholen. Die Mitglieder der Gartenkooperative helfen regelmäßig mit – beim Jäten, beim Ernten, beim Packen der Gemüsekisten und natürlich beim gemeinsamen Feiern. Für die fünf GärtnerInnen bedeutet dies, dass sie neben ihrem fachlichen Wissen im Bereich Gemüsebau auch eine Menge pädagogisches und organisatorisches Fingerspitzengefühl brauchen. Denn es ist nicht immer leicht, Leute von außen in den professionellen Hofablauf zu integrieren. Lukas erklärt: „Es geht darum, die Arbeit sinnvoll aufzuteilen und ein Verständnis für die einzelnen Bereiche des Gemüsebaus zu vermitteln. Das ist manchmal auch anstrengend, aber es ist toll, diesen Hof mit vielen politischen Leuten gemeinsam zu machen.“ Ich frage Lukas, warum er sich für die Gartencoop und nicht für den Aufbau eines eigenen landwirtschaftlichen Betriebes entschied-



Karottenjäten: Die Mitglieder beteiligen sich an den Arbeiten auf dem Hof und an wöchentlicher Aufteilung und Transport des Gemüses
Fotos: Korpeter

Gartencoop im Kino

Der Film „Die Strategie der krummen Gurken“ zeigt Entstehung, Motivation, Praxis, Schwierigkeiten und Ausblicke der Gartencoop Freiburg. Er wird am 31. Mai 2013 als Vorpremiere in Freiburg gezeigt. Später wird er auf www.cinerebelde.org und auf www.gartencoop.org frei zugänglich sein. Die Freiburger Gartencoop ist eines von inzwischen 34 Projekten Solidarischer Landwirtschaft in Deutschland.

Wenn eine Krankheit aus Handelsgründen zur Seuche wird

Die verschlungenen Wege der anzeigepflichtigen Tierseuche BHV und ihrer Bekämpfung

Die einen haben es und wollen es loswerden. Andere haben es und es hat für sie keine Bedeutung. Einige hatten es nie. Und viele hatten es, sind es aber mit mehr oder weniger Aufwand losgeworden – und wollen es auf keinen Fall wieder haben. Ein Rätsel? Scheint so, denn eine gemeinsame Lösung ist noch nicht in Sicht. Die Rede ist von rinderhaltenden Betrieben in Deutschland und dem Bovinen (d.h. rinderspezifischen) Herpes Virus Typ 1 (BHV1). In betroffenen Betrieben sind meist nur wenige Tiere, aber teilweise auch komplette Bestände infiziert. Wer einmal Träger des Virus ist, bleibt das lebenslang. Bricht diese Krankheit akut aus, dann hierzulande in der Form der Infektiösen Bovinen Rhinotracheitis IBR, eine Entzündung von Nase und Luftröhre, die mit starkem Fieber und Fruchtbarkeitsstörungen, Totgeburten oder Euterentzündungen verbunden sein kann. In den meisten Fällen sind jedoch keine Krankheitsanzeichen zu erkennen; die Infektion kann nur durch Laboruntersuchungen nachgewiesen werden. Hauptgrund für die staatliche Einordnung und Bekämpfung als anzeigepflichtige Tierseuche sind Handelsbeschränkungen für nicht BHV1-freie Tiere innerhalb der EU. Saniert wird in Deutschland schon seit 25 Jahren, seit 1997 auf Grundlage einer eigenen Verordnung - jedoch in jedem Bundesland mit unterschiedlicher Herangehensweise und Konsequenz. Bayern ist als einziges Bundesland amtlich anerkannt BHV1-frei. Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Baden-Württemberg, die Stadtstaaten und mittlerweile auch Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen kommen diesem Status mit mehr als 90 Prozent BHV1-freien Beständen und Rindern nahe (Übersicht für 2011 im Tiergesundheitsbericht des Friedrich-Loeffler-Instituts - 2012 in Arbeit). Von den europäischen Nachbarn sind Dänemark und Österreich BHV1-freie Regionen. Die Folge: die Schutzmaßnahmen und Handelsanforderungen dieser Regionen steigen und setzen andere Regionen unter Druck. Deutlich und spürbar für betroffene Höfe wird dies durch Anordnungen und verschärfte Neufassungen von Schutzverordnungen, die die Bundesländer zur Zeit herausbringen oder diskutieren.

Einzelbetrieblich heftig

In Niedersachsen war ein Weideaustrittsverbot für nicht BHV1-freie Bestände geplant. Dagegen regte sich

Protest von betroffenen Betrieben und einigen Tierärzten, die auf die wirtschaftliche Zusatzbelastung und Tierschutzprobleme bei Weidebetrieben hinwiesen. Nach dem Regierungswechsel wird dieser Entwurf mittlerweile überarbeitet. Aus dem Büro von Landwirtschaftsminister Christian Meyer gibt es die Zusage, „dass das derzeit geplante sehr umfassende Weideaustrittsverbot so keinen Bestand haben wird“. Eine derjenigen, die protestiert haben, war Johanne Erchinger aus dem ostfriesischen Landkreis Leer in Niedersachsen. „Wir sind seit 13 Jahren konsequent dabei, unseren Bestand zu sanieren“, betont sie und ihr Mann Christoph fügt hinzu: „alle Vorgaben ha-

aus. Und mussten vor vier Jahren erneut eine Neuinfektion einiger Tiere erleben. Kollegen bescheinigen den beiden höchste Anstrengungen und konsequentes, gegenüber Nachbarbetrieben rücksichtsvolles Weidemanagement. Angst vor einer Ansteckung ihrer eigenen Bestände haben trotzdem viele. Deshalb sprechen sich manche auch offen für ein Weideverbot aus – besonders wenn sie selbst schon zehntausende von Euro für die eigene Sanierung bezahlt haben.

Grenzen von Impfungen

Rückfälle sind immer wieder zu beobachten, was zum einen auf die Biologie des Virus mit schlummernden und akuten Phasen sowie das hohe



Vorsicht: lebende Tiere und lebendige Höfe

Foto: Gemein64/pixelio

ben wir eingehalten, acht Jahre waren wir frei und dann kam ein Einbruch, den keiner erklären kann“. Vor neun Jahren war es der gesamte Bestand, nun sind noch 36 von insgesamt 90 Milchkühen der Erchingers BHV1 Träger. Das heißt für den Betrieb: alle Träger sind mit roten Ohrmarken gekennzeichnet, als Beitrag zur Tierseuchenkasse sind sechs Euro zusätzlich fällig, einmal im Jahr wird der Bestand durch Einzelblutproben untersucht und zweimal im Jahr werden alle Tiere älter als drei Monate geimpft. Den Impfstoff und die Blutuntersuchung zahlt die Tierseuchenkasse. Beihilfen zum Merzen von Virusträgern, wie u.a. in Bayern gezahlt wurden, gibt es nicht. Komplette ohne Zukauf, nur durch eigene Nachzucht, tauschen Erchingers nach und nach die Träger

Ansteckungspotential und die vielfältigen Übertragungswege durch Tiere, Menschen und Geräte zurückgeführt werden kann - aber auch auf Grenzen der Impfprogramme. So schützt eine Impfung nur vor einem Ausbruch der Krankheit – sie verhindert jedoch nicht zu 100 % eine Infizierung oder die Reaktivierung und Ausscheidung von Viren durch Trägetiere bei Anstrengungen wie z.B. Transport, Geburt, Eingliederung neuer Tiere in die Herde oder Impfung. Klar ist: eine wirksame Eindämmung von BHV1 ist nur möglich, indem die Virusträger gemerzt werden. Dies ist jedoch bei vielen betroffenen Tieren, wie im Falle der Erchingers, nicht auf einen Schlag zu verkraften. Der Leiter des Veterinäramtes Leer, Hans-Jürgen Salge, stellt sich für solche unver-

schuldeten „Härfälle“ in der Endphase der Sanierung irgendeine Form der Hilfestellung vor – wie die aussehen kann, weiß er jedoch auch nicht. Grundsätzlich sieht er kein zurück mehr, vor allem, weil inzwischen viel Geld ausgegeben wurde. Nach Auskunft der Tierseuchenkasse in Niedersachsen bisher 143 Mio. Euro, mitfinanziert aus Landesmitteln, die sich in anderen Bundesländern auf zweistellige Millionenbeträge belaufen. Ein heikles Thema, zumal das Geld zu großen Teilen an die Impfstoffhersteller fließt.

Widerstand und Selbsthilfe

Die Frage bleibt, ob die Unterstützung für die Höfe ausreichend ist. Denn neben den bemühten „Härfällen“ gibt es unter den verbliebenen betroffenen Betriebe einige, für die BHV1 keine wirtschaftliche Bedeutung hat: Ein paar Tiere im Bestand sind infiziert, die Krankheit ist jedoch nie ausgebrochen. Der Verkauf von Zuchtvieh spielt keine Rolle, Probleme mit Nachbarbeständen gibt es nicht. Eine Sanierung wäre mit Aufwand verbunden und ist nicht durch eigenes Interesse motiviert – deshalb blieb sie aus. Auch weil viele Veterinärämter in diesen Fällen lange Zeit keine konsequente Sanierung einforderten. Eine zutreffende Beschreibung für die Situation auf dem Milchviehbetrieb von Rüdiger Mayer aus dem Landkreis Waldshut im baden-württembergischen Allgäu. Er hat jedoch im Jahr 2009 den Versuch unternommen seine 16 Virusträger durch zugekaufte BHV1-freie, ungeimpfte Tiere zu ersetzen. Ein Jahr später war aus ungeklärten Gründen fast sein gesamter Bestand infiziert. In der Folge wurde ihm ein Sanierungsprogramm ähnlich dem beschriebenen niedersächsischen auferlegt. Dagegen wehrt sich Mayer nun gerichtlich, weil er Zweifel an dem kostspieligen Impfprogramm hat und sich nicht zur Sanierung zwingen lassen will, für die er keine gesellschaftlich begründete Berechtigung sieht. In Ostfriesland gehen einige MilchviehhalterInnen, zu denen auch Erchingers gehören, einen anderen Weg auf der Suche nach umsetzbaren, sinnvollen Lösungen abseits von starren Verfahrensvorgaben: Sie haben die Initiative ergriffen und organisieren ein Treffen mit Veterinären, Tierärzten und Bäuerinnen und Bauern, um sich regional zu koordinieren und den Betrieben und ihrer Situation gerecht zu werden. *cw*

Welthandelspolitik im Blick

Freihandel für die Industrie, wenn die Gesellschaft sie lässt

Seit langem hat es mal wieder eine Meldung über die Welthandelsorganisation (WTO) in die globalen Medien geschafft. Ein neuer Chef ist gewählt. Der Brasilianer Roberto Azevêdo löst den Briten Pascal Lamy ab. Das erste Mal, dass ein Vertreter eines Schwellen- und Entwicklungslandes diesen Posten besetzt. Azevêdo genießt einen nicht sonderlich guten Ruf bei Freihandelsbefürwortern, da Brasilien in der letzten Zeit eher durch Handelshemmnisse als durch Handelserleichterungen aufgefallen ist.

Ansonsten ist es still geworden in der WTO. Die multilateralen Verhandlungen zur Ausgestaltung des Welthandels liegen brach. Nicht aber die Freihandelsbemühungen. Die laufen auf Hochtouren und nun eben bilateral. Rund 550 Einzelabkommen zwischen Ländern sind mittlerweile abgeschlossen. Streckenweise gehen Themen und Ausgestaltung weit über das hinaus, was bisher in der WTO beschlossen oder zuletzt verhandelt wurde. Die EU zählt insgesamt 37 abgeschlossene bilaterale Abkommen, darunter mit Ländern wie Haiti, Syrien, Marokko oder Mexiko. Mit insgesamt 89 Ländern steht die EU bereits in Handelsgesprächen oder hat angekündigt, diese führen zu wollen. Viele afrikanische Länder sind dabei. Weitere sechs Länder stehen auf der Liste für künftige Handelsgespräche.

Transatlantische Gespräche

Noch in den nächsten Wochen sollen die Verhandlungen zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA starten. Der Handelsausschuss des EU-Parlaments hat kürzlich mit Mehrheit von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen grünes Licht für die Verhandlungen gegeben. Ein Mandat für die EU-Kommission soll planmäßig auf dem nächsten Treffen des EU-Handelsrates am 14. Juni in Brüssel ausgesprochen werden. Ein weiterer Termin für den symbolischen Auftakt bietet der anstehende Deutschlandbesuch von US-Präsident Barack Obama am 18. und 19. Juni.

Auf der Verhandlungsliste stehen Zollabbau sowie Marktöffnung für Investitionen, Dienstleistungen und öffentliche Beschaffung. Des Weiteren geht es um die Angleichung regulato-

rischer Vereinbarungen von Vorschriften und technischen Produktnormen. Da die Zölle im transatlantischen Handel mit einigen Ausnahmen im Agrarbereich ohnehin schon fast gänzlich abgeschmolzen sind, ist der Verhandlungsschwerpunkt, die Standards abzugleichen. Standards werden als nichttarifäre Handelshemmnisse bezeichnet. Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene brandneue Studie mit dem Titel „Transatlantische Barrieren



Handeln - aber fair!

Foto: Schmidt/pixelio

für Handel und Investitionen reduzieren“ kommt zu dem Schluss, das am meisten der Agrarsektor, die Chemie- und Autoindustrie in der EU von solch einem Abkommen betroffen würden. Für die Studie sind Firmen abgefragt worden, wie hoch sie die nichttarifären und tarifären Handelshemmnisse einschätzen. Im Agrarsektor hat die Studie auf dieser Grundlage einen umgerechneten Zollschatz von 56,8 Prozent für Lebensmittelimporte aus den USA ermittelt. Die USA sollen ihren Markt vor Importen von EU-Lebensmitteln mit einem Zolläquivalent von 73,3 Prozent schützen. Beobachter warnen weiterhin, dass auch die Frackingindustrie am Start steht, um ihr billiges Gas in den transatlantischen Handel zu bringen.

Standards für Industrie

Zu den Auswirkungen dieses Abkommens auf die Landwirtschaft in der EU sagt Tobias Reichert, Handelsexperte bei Germanwatch: „Ein Knackpunkt

wird die Gentechnikfrage sein. Da könnte die derzeitige Regelung der EU unter Druck geraten. Erlaubt die europäische Zulassungsbehörde EFSA ein Gentechnikprodukt in Europa, dann können Mitgliedsstaaten in der Praxis trotzdem dieses Gentechnikprodukt verbieten. Solch ein Moratorium könnte von den USA im Rahmen eines transatlantischen Freihandelsabkommens angefochten werden, und die Gentechnikbefürworter in der EU werden sie dabei unterstützen.“

Die Verhandlungen werden auf Hochtouren vorbereitet, indem die EU bereits Standards im Vorfeld aufweicht. Auf Grundlage einer Unbedenklichkeitsstudie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erlaubt die EU-Kommission seit dem 4. Februar das Besprühen von Rindfleisch-Schlachtkörpern mit Milchsäure. In der EU durfte bislang Fleisch nur mit Trinkwasser gewaschen werden. Die Milchsäurebehandlung hatte hier bisher keine Bedeutung, in den USA ist sie gängige Praxis. Dadurch kann u.a. das Salmonellenrisiko verringert werden. Wenn das Fleisch durch das sogenannte Abhängen oder das Einschweißen in Vakuumbutel reifen kann, dann entsteht auf natürliche Weise Milchsäure. Denn die lässt das Fleisch reifen und wirkt gleichzeitig bakterienhemmend. „Die natürliche Fleischreifung wird durch den technischen Prozess der Milchsäurebehandlung von Schlachtkörperhälften abgekürzt“, sagt Dr. Stefan Wendt, Amtstierarzt im Kreis Steinburg in Schleswig-Holstein. Die gegenwärtig praktizierten Wege der Fleischverarbeitung finden unter

Zeitdruck statt und ermöglichen ein Abhängen gar nicht erst. Noch verboten in der EU, aber erlaubt in den USA ist die Chlorbehandlung von Hähnchenfleisch.

Fazit

Die Einschätzung von Details und Gefahren der Verhandlungen sind oft auf Vermutungen angewiesen, da die genauen Inhalte nicht an die politische oder zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit gegeben werden. „Das ist eine absolut undemokratische Geheimpraxis“, sagt Peter Fuchs von PowerShift, Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft. „Selbst im EU-Parlament werden nur wenige ausgewählte Parlamentarier genau informiert und das oft nur unter strengen Schweigepflichten. Mit der Industrie wird dagegen offen abgestimmt, was die gerne möchte. Dadurch“, so Fuchs weiter, „erfahren wir von zentralen Entwicklungen oft zu spät. Jetzt gilt es Druck zu machen, um Detailinfos über das EU-Verhandlungsmandat zu erhalten und dann eine kritische Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Geheimverhandlungen für die 1 % dürfen sich die 99 % der Bürgerinnen und Bürger sowie Bäuerinnen und Bauern nicht bieten lassen.“

„Die AbL fordert umgehend ein Stopp aller bilateralen Freihandelsgespräche der EU“, sagt AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch in einer jüngsten Pressemitteilung. „Die Interessen der Industrie sind offensichtlich neue Märkte in Drittländern und Zugang zu billigen Rohstoffen. Soziale und ökologische Standards bleiben dabei auf der Strecke. Eine zukunftsfähige Handelspolitik muss den Interessen der Gesellschaft und im Agrarbereich den Bäuerinnen und Bauern dienen.“

Berit Thomsen

Wegen Intransparenz geschlossen

Der handelspolitische Ausschuss der EU-Kommission führt alle Handelsgespräche. Wortführer ist Handelskommissar Karel de Gucht. Jedes Handelsgespräch auf Grundlage eines Mandats. Das wird zwischen dem EU-Rat, in Deutschland vom Wirtschaftsministerium vertreten, und der EU-Kommission verhandelt. Ist das Mandat erst erteilt, dann schließen sich die Türen hinter den Chefunterhändlern. Zwar ist das EU-Parlament seit dem Vertrag von Lissabon an diesen Prozessen beteiligt, es hat aber keine direkte Möglichkeit, in die Verhandlungen einzugreifen. Die Freihandelsbefürworter des Handelsausschusses im EU-Parlament werden mit vertraulichen Updates beliefert und dadurch die Stimmung abgefragt bzw. die Mehrheitsfähigkeit getestet. Denn am Ende müssen von der EU-Kommission ausgehandelte Abkommen vom Europaparlament und vom EU-Rat abgesegnet werden. Danach sind die Abkommen noch von den EU-Ländern zu ratifizieren. In Deutschland ist es der Bundesrat und der Bundestag. Theoretisch ist ein Abkommen erst gültig, wenn alle EU-Länder zugestimmt haben. Aber auch im Falle von Ablehnungen einzelner EU-Länder, so vermuten Experten, könnte ein Abkommen trotzdem provisorisch in Gang gesetzt werden. bet

Widerstand globalisieren - Bäuerlichkeit lokal stärken

Rückblick auf die Versammlung der europäischen Via Campesina Organisationen vom 15. bis 17. April

Ausgerechnet Fuerteventura, eine der abgelegensten Regionen Europas, war der Ort für die Generalversammlung der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC), bei der sich die 27 bäuerlichen Mitgliedsorganisationen (MO) aus 17 verschiedenen Ländern getroffen haben. Von jeder MO sollten jeweils ein Mann und eine Frau als Delegierte zu dem Treffen kommen und die Anzahl der jungen TeilnehmerInnen sollte 30 Prozent nicht unterschreiten. Damit sorgt Via Campesina dafür, dass die Belange der Frauen und Jugendlichen stark vertreten sind, erkennen sie doch an, dass es gerade die Frauen sind, die in der Landwirtschaft allgegenwärtig präsent und doch nicht gehört und gesehen werden und es die Jugendlichen sind, auf denen die Zukunft der Landwirtschaft ruht. Auch die Mitglieder des 10-köpfigen ECVC-Koordinationskomitees sowie die MitarbeiterInnen aus dem Brüsseler Büro und eine Schar freiwilliger Simultandolmetscher waren vor Ort.

Die Methoden zum gemeinsamen Arbeiten waren sehr gut durchdacht: Erst rotierten alle nach Sprachkenntnissen sortiert einmal durch die drei Themen Ernährungssouveränität, Agrarökologie und kleine und mittelgroße Betriebe. Danach musste sich jede/r für eins davon entscheiden, um in Arbeitsgruppen (AG) tiefer in die Diskussion einsteigen zu können.

Bäuerlichkeit

Die Definitionsfrage war in der AG der kleinen, mittelgroßen bzw. bäuerlichen Familienbetriebe von großer Bedeutung. Es ist nicht möglich klein oder mittel als feste Normen für alle zu definieren, da Kontexte und Regionen ganz unterschiedliche Größen bedingen. Genauso wurde das Konzept des traditionellen Familienbetriebes diskutiert. Gerade die jungen BäuerInnen erinnerten daran, dass immer häufiger in kollektiven Strukturen gewirtschaftet wird, die vielleicht ihrer Größe nach, jedoch nicht im herkömmlichen Sinne, eine Familie sind. Als Werte, die die bäuerlichen Betriebe im Gegensatz zu agrarindustriellen ausmachten, wurden genannt: Eine kleinteilige Landwirtschaft auf Flächen mit großer Vielfalt, soziale Strukturen und möglichst geschlossene Kreisläufe. Es muss möglich sein, noch einen Bezug zu allem im Betrieb befindlichen aufbauen zu können, seien es die Tiere, die verschiedenen Kulturen, die Umwelt oder die Mitmen-

nen. Ein wichtiges politisches Anliegen sind sinnvolle EU-Regelungen zu Hygiene, Weiterverarbeitung oder Vermarktung, damit diese nicht wie bisher das Wirtschaften vieler KleinbäuerInnen fast unmöglich machen. Eine fundierte Ausbildung von BäuerInnen ist wichtig, damit sie sich Stärke und Gehör verschaffen können, um die wichtige Bedeutung bäuerlicher Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft zu erklären und ein Bewusstsein für die Herausforderungen und Probleme zu schaffen. Mit dem Mythos der effizienten (von Unmengen an Subventionen abhängigen) Großbetriebe soll aufgeräumt werden, die Stärken der Kleinen müssen vermittelt werden. Gerade in Verbindung mit der derzeitigen Krise kristallisiert sich einmal mehr heraus, dass es die kleinen Strukturen sind, die Arbeitsplätze und soziale Strukturen schaffen sowie Werte vertreten, die der gesamten Gesellschaft nutzen.

Agrarökologie

Die AG zur Agrarökologie hat in Anlehnung an schon vorhandene Positi-

onen von Via Campesina bekräftigt, dass es sich bei der Agrarökologie um einen vielfältigen Prozess handeln muss, der sich nicht trennen lässt vom sozialen und politischen Umfeld. Es müssen die selbst in der Landwirtschaft tätigen Menschen sein, die aus ihrem sozialen und politischen Hintergrund heraus unterstützende Techniken entwickeln. Maschinen, die von der Industrie für die Landwirtschaft entwickelt werden, spiegeln meist den Charakter der Industrie und nicht den bäuerlichen wieder. Für die Entwicklung eigener Techniken ist wiederum ein eigenes starkes Netzwerk von Ausbildung, Wissensaustausch und Forschung notwendig. Die Richtung dieser Forschungen und Entwicklungen sollte von den BäuerInnen vorgegeben werden. Eine Art Mapping wurde vorgeschlagen, eine interaktive Landkarte, in der bäuerliches Wissen und Erfahrungen für alle und von allen zu finden sind. Das Wort Agrarökologie wird mittlerweile auch von Politikern oder Vertretern der Agrarindustrie verwendet, allerdings oft in einer entgegengesetzten Bedeutung. Daher ist es wichtig, den

Begriff zu verteidigen und die Definition lebendig mit Inhalten füllen.

Ernährungssouveränität

Eindeutiges Ziel der Ernährungssouveränitäts-AG für 2020 war: Mehr Bäuerinnen und Bauern in Europa! Angesichts des kommenden Jahres der bäuerlichen Landwirtschaft 2014 müssen sich unter dem Schirm der Ernährungssouveränität die Netzwerke stärken. Dazu gehört es, sich angesichts der Krise zu solidarisieren - für einen selbstbewussten und aktiven Widerstand gegen Konkurrenzkampf und Weltmarkthörigkeit, der aus möglichst allen Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird. Die anstehende Europawahl im Frühsommer 2014 soll genutzt werden, um das Konzept der Ernährungssouveränität politisch und in den Medien zum Thema zu machen. Dazu soll die ECVC eine Kampagne initiieren, die von der europäischen Bewegung für Ernährungssouveränität dem Nyeleni Europe Movement getragen wird. Grundsätzlich wurden die Ziele dieser Bewegung bestätigt. Auf dieser Ebene wird weiterhin zu den fünf Achsen Produktionsmodelle, Verteilungssysteme, soziale Bedingungen, Zugang zu Gemeingütern sowie Politik gearbeitet. Letztere beinhaltet vor allem die Umgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) und der Saatgutgesetzgebung zur Förderung bäuerlicher Landwirtschaft sowie den Kampf gegen Freihandelsabkommen!

Arbeitsweise ECVC

Neben der inhaltlichen Arbeit standen auch strukturelle Fragen auf der Tagesordnung. Aufgrund personeller Veränderungen im Team in Brüssel soll der Schwerpunkt der Arbeit wieder mehr auf der Koordination liegen und die inhaltliche Arbeit durch die Mitgliedsorganisationen (MO) erfolgen. Ein Vorschlag der ÖBV (Österreich) dazu beinhaltete eine rotierende Verantwortung unter den MO für bestimmte Themenbereiche und fand Zustimmung. Die Schwerpunkte sollen auf sechs bis acht konzentriert werden: GAP, Handel, GVO/Saatgut, Agrarökologie, Jugend, Frauen, Zugang zu Land, kurze Vermarktungswege. Der 17. April, Tag des bäuerlichen Widerstands, kann uns immer wieder an die Hindernisse aber auch an die Erfolge des gemeinsamen Einsatzes für bäuerliche Landwirtschaft erinnern: Auch wenn wir manchmal gegen Windmühlen kämpfen, lohnt es sich letztlich doch!

Julia Bar-Tal und Henrik Maaß,
junge AbL



Neu gewähltes Koordinations-Komitee v.l.: Norman Leask (UK), Genevieve Savigny (FR), Javier Sanchez (ES), Elin Bergerud (NOR), Unai Aranguren (ES), Maria del Carmen García Bueno (ES), Jose Miguel (PT), Christian Roquerol (FR), Andrea Ferrante (IT) und Hanny van Geel (NL). Es fehlt Jeanne Verlinden (BE)
Foto: Maaß

Ernährungssouveränität

Bei dem Begriff Ernährungssouveränität (ES) handelt es sich um ein politisches Konzept, das 1996 von der weltweiten Kleinbauernorganisation La Via Campesina geprägt wurde. Im Weltagrarbericht der UN von 2008 steht knapp, die „ES ist definiert als das Recht von Völkern und Nationen ihre eigene Agrar- und Ernährungspolitik demokratisch zu gestalten.“ Das Konzept beinhaltet im Kern folgende Elemente: Vorrang für die lokale Produktion zur Ernährung der Bevölkerung - Transparenter Handel - Zugang zu Ressourcen für die Bewirtschaftenden - das Recht auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung - Anerkennung der Rechte von Bauern und Bäuerinnen - das Recht der Menschen, Ernährung und Landwirtschaft gemeinsam zu gestalten - das Recht, sich vor billigen Lebensmittelimporten zu schützen - die Notwendigkeit, landwirtschaftliche Preise an Produktionskosten auszurichten - Dialog und Partizipation in sozialen Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen - Förderung von nachhaltigem Wirtschaften. cw

Exotik im Trog

Globale oder regionale Eiweißfuttermittel in der arbeitsteiligen Welt?

Wir leben in einer globalisierten Welt. Viele der aus der Globalisierung hervorgehenden Produkte gestalten das Leben einfacher und billiger. Die Frage, die sich bei eingehender Beschäftigung stellt, ist aber: Auf welche Kosten geht diese Arbeits- und Konsumweise? Wir haben uns daran gewöhnt, dass Gü-

mischen Sichtweise und nimmt in der Regel keine Rücksicht auf soziale, Umwelt- und Naturschutzaspekte. Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen, und über welchen Umfang sprechen wir hier eigentlich?

Weltweit wurden in der Anbausaison 2011/2012 auf über 103 Mio. Hektar

der EU bei 30 Prozent liegt. Die Differenz zum Bedarf wird als Eiweißlücke bezeichnet und lag noch vor einigen Jahren bei 80 Prozent. Wer sich in der Fütterung ein wenig auskennt, weiß von den großen Vorbehalten gegenüber Rapsschrot in der Vergangenheit. Noch heute sind diese nicht gänzlich verschwunden, und eine Ration, zusammengesetzt aus den Eiweißkomponenten Soja, Rapsschrot und Ackerbohne, ist für einige Landwirte gleichzusetzen mit einem Zivilisationsbruch.

Arbeitsteilige Welt und Nachhaltigkeit

Wenn es um das Schließen der Eiweißlücke in Europa geht, wird den Befürwortern vorgeworfen, nicht nachhaltig zu denken. Das wirkt erst mal wie eine Verdrehung, wenn man einer bestimmten Logik verfallen ist, ist es aber schlüssig. Als erklärendes Beispiel soll folgendes dienen: Die diskutierten ökologischen Vorrangflächen innerhalb des Greenings werden mit sieben Prozent angesetzt und mit Leguminosen bebaut. Europa würde durch diese Politik 4,7 Mio. Hektar ihrer Gunststandorte für Weizen und Raps an die Körnerleguminosen „verlieren“. Was nach sich zieht, dass die EU vom Netto-Exporteur zum Netto-Importeur von Getreide mutieren würde. Dies wiederum würde zu einer Flächenausdehnung mit Weizen in Regionen mit geringerem Ertragspotential führen. Der Druck auf die Fläche würde weltweit weiter steigen und ein höherer Anteil sensibler Naturräume für landwirtschaftliche Zwecke urbar gemacht werden. Hinter dieser „Nachhaltigkeitsdenke“ verbirgt sich der Einsatz von konservierender Bodenbearbeitung in Kombination mit gentechnisch veränderten (GVO) Pflanzen und den dazugehörigen Pestiziden. Hierzu wusste *top agrar* im Dezember 2012 von einer US-

Studie zu berichten, dass der Herbizideinsatz in GVOs in Amerika dramatisch gestiegen ist. Bis zu 50 Prozent müssen mehr aufgewendet werden. Unter anderem auch mit älteren Wirkstoffen, die eine höhere Gefährdung für Gesundheit und Umwelt darstellen. Eine weitere Studie ergab, dass die Zahl der Farmen mit Resistenzproblemen mit dem Wirkstoff Glyphosat schon bei 50 Prozent liegt. Aber zurück zu den Gunststandorten für Weizen und Raps in Europa. Der Autor dieser Zeilen stellt die Hypothese auf, dass es in Zukunft weniger um die Steigerung von Erträgen, sondern um deren Stabilisierung bei wirklich nachhaltiger Nutzung von Ressourcen gehen wird. Pflanzenbausysteme, die auf enge Fruchtfolgen und Spezialisierung weniger Feldfrüchte basieren stellen ein erhöhtes Risiko dar, wie sich am Beispiel England gut ablesen lässt (*Bauernstimme* 11/2012).

Perspektiven

Welche Perspektiven bieten sich? Ein „Weiter so“ scheint nicht geboten. Die in einem Beitrag in den *DLG-Mitteilungen* berechneten 2,5 Mio. Hektar Fremdfächenanteil für die 6,8 Mio. Tonnen importierter Sojaware nach Deutschland, entsprechen exakt einem Anteil an der Ackerfläche Deutschlands von 20 Prozent. Diese mit Körner- und Feldfutterbauleguminosen zu bestellen, würde Fruchtfolgen stabilisieren, die Biodiversität erhöhen und die Intensivierung in Konzentrationsgebieten der Tierhaltung vermindern. Eigentlich eine gute Idee.

*Christoph Dahlmann, AbL-Projekt:
„Vom Acker in den Futtertrog“*

Mehr unter: www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de



Kurze Handelswege

Foto: Kunstzirkus/pixelio

ter zigtausende Kilometer zurücklegen bis sie hier weiterverarbeitet oder direkt als Produkt konsumiert werden. Durch Katastrophen, wie den Einsturz einer Textilfabrik vor einigen Wochen in Bangladesch oder den verheerenden Brand einige Monate zuvor, werden die Orte der Produktion für die überwiegend westlichen VerbraucherInnen sichtbar. In der Landwirtschaft sind es eher die Futtermittelskandale, wie jüngst der mit Aflatoxin verseuchte Futtermais, die die Produktionsorte und Transportrouten für kurze Zeit ans Licht einer breiteren Öffentlichkeit bringen

Bei den Eiweißfuttermitteln, in der Regel in Form von Soja, hat sich schon seit Jahrzehnten ein Modell durchgesetzt, welches eine klare internationale Arbeitsteilung vorsieht.

Globaler Kontext

Zugrunde liegt allem die Theorie des komparativen Kostenvorteils. Darunter versteht man die Fähigkeit eines Landes, einer Region oder einer Person, ein bestimmtes Gut zu geringeren Alternativkosten, den Opportunitätskosten, zu produzieren. In der Thematik der globalen Eiweißfuttermittel heißt dies, vereinfacht gesagt, die Nord- bzw. Südamerikaner produzieren vorwiegend Eiweiß in Form von Soja und die Europäer Getreide und Ölfrüchte wie Raps. Dies alles fußt fast ausschließlich auf einer ökonomischen

Soja 237 Mio. Tonnen geerntet. Die Ertragswartungen lagen um etwa 30 Mio. Tonnen höher, aber die dürrbedingten Ertragsausfälle führten letztendlich zu einer geringeren Menge und daraus resultierend hohen Sojapreisen. Sojaschrot notierte im Spätsommer 2012 in der Spitze bei über 52 Euro die Dezi-tonne. Diese hohen Preise und die stetig steigende Nachfrage bedingten eine weitere Ausdehnung des Anbaus für die diesjährige Saison. Woher kommen aber die Flächen für den zunehmenden Sojaanbau? Entweder geht es direkt in den Wald, oder andere ähnlich wertvolle und sensible Naturräume, wie die riesige Savannenlandschaft Cerrado in Brasilien, die durch landwirtschaftliche Nutzung schon die Hälfte ihrer ursprünglichen Fläche verlor.

Europäischer Kontext

Im europäischen Kontext reden wir von 33 Mio. Tonnen Soja und Sojaschrot, die im letzten Jahr importiert wurden. Damit ist die EU zweitgrößter Importeur von Sojabohnen nach China und größter Importeur bei Sojaschrot vor Ländern wie Indonesien und Thailand. Diese Menge war in der Mitte des letzten Jahrzehnts um etwa fünf Mio. Tonnen höher, wurde aber nach und nach, mitunter durch den vermehrten Einsatz von Rapsschrot, in der Fütterung verringert, so dass die Eigenversorgung mit Rohprotein aktuell in



Nicht nur schonend, auch noch schön - Erbsen

Foto: Gänseblümchen/pixelio

Wenn der Hinterhof zur Farm wird

Gärtner und Buchautor Colin McCrate über den Erfolg seiner „Seattle Urban Farm Company“

Unabhängige Bauernstimme: In der Buchhandlung auf der anderen Straßenseite steht Ihr Buch „Food Grown Right, In Your Backyard“ gleich neben Michelle Obamas Buch „American Grown“. Interessiert es die Leute, dass die First Lady im Garten des Weißen Hauses Gemüse anbaut?

Colin McCrate: Ich glaube schon . . . Seit fünf oder sechs Jahren erlebt die Idee, zu Hause Nahrung zu erzeugen, ein echtes Comeback. Es ist genau zwei Generationen her, dass die Amerikaner das total aufgegeben haben. Jetzt begreifen die Leute, warum es gut für sie ist. Das ist das Fundament unserer Arbeit.

Sie machen Werbung für die Idee der Selbstversorgung in der Stadt.

Wir machen Werbung für die Idee, aber unabhängig von uns sind eine Menge Leute dahin gekommen, sie zu verwirklichen. Sie lesen das Buch von Michelle Obama oder sie lesen „Animal Vegetable Miracle“ von Barbara Kingsolver. Das ist sehr erfolgreich gewesen, ebenso wie die Bücher von Michael Pollan . . .

. . . zum Beispiel: „Essen Sie nichts, was Ihre Großmutter nicht als Essen erkannt hätte.“

In den letzten zehn Jahren ist eine Hand voll wirklich einflussreicher Bücher zu dem Thema erschienen. Das führte zu einer Flut von Artikeln in den Lokalzeitungen. Und plötzlich haben viele Leute die Idee, zu Hause einen Garten anzulegen.

Was ist neu an dem Wunsch, einen Garten haben zu wollen?

Als wir vor sechs Jahren unser Unternehmen gründeten, entdeckten viele Leute den Gemüsegarten für sich als wirklich neues Freizeitinteresse. Der Gedanke der Selbstversorgung war in

den vierziger und fünfziger Jahren sehr weit verbreitet und kam in den siebziger und vielleicht den achtziger Jahren wieder. Aber jetzt hat man wirklich den Eindruck, dass es keine Modeerscheinung ist, sondern dass es für jüngere Leute zum individuellen Lebensstil gehört. Sie nehmen es wirklich ernst.

Und die Leute bleiben dabei?

Es ist meine eigene Erfahrung und ich sehe, dass man nicht so einfach zurück kann. Wenn ich mich einmal entschieden habe, darauf zu achten, was ich esse, dann wird mir klar, dass die Umwelt Auswirkungen auf mein Essen hat, auf meine Essensauswahl, auf meine Gesundheit. Und dann versuche ich,

besser zu essen, darauf zu achten, wo mein Essen herkommt. Es wird dann schwer, zu Billignahrung zurückzukehren und sich wieder von Fast Food zu ernähren.

Sie bezeichnen Ihr Unternehmen als „Farm“ und sprechen von „Urban Farming“.

Genau genommen ist das, was wir machen, Gartenbau. Doch ich glaube, dass das Wort Farm die Leute eher anspricht. Die Menschen, mit denen wir arbeiten, möchten sich mit der Vorstellung „Farm“ verbinden, vielleicht weil es etwas ist, das in ihrer Lebenserfahrung fehlt. In zurückliegenden Generationen gab es vielleicht

in den ländlichen Regionen den Großteil unserer Nahrung produzieren. In Amerika sind die Farmer unterbezahlt. Ihre Arbeit wird nicht anerkannt. Wir wollen helfen, das zu ändern.

Die Arbeit der Seattle Urban Farm wird sehr wohl anerkannt.

Wir bedienen ein anderes Segment des Marktes. Wir versuchen, die Menschen zu etwas zu befähigen, in welchem Maßstab auch immer, zum Beispiel den Garten anzulegen und zu lernen, ihn zu managen.

Sie arbeiten auch für Schulen.

Das ist eine sehr dankbare Aufgabe. Und unsere Gelegenheiten werden immer mehr. Als wir anfangen, gab es nur eine Hand voll Leute, die interessiert waren. Wir haben damals hier und da ein paar private Hochbeete aufgestellt. Jetzt gestalten wir Schulgärten und Gärten für Restaurants. Es wird immer interessanter.

Auch in den Gärten hinterm Haus?

Viel von dem, was wir machen, hat damit zu tun, was die Menschen, die sich für die Stadt entschieden haben, für Lebenserfahrungen machen möchten. Es sind Menschen, die sagen: Ja, ich lebe hier, aber ich möchte aktiv etwas mit Garten und Nahrung zu tun haben. Wir versuchen ihnen zu helfen, das in die Tat umzusetzen.

Wie bringen Sie das alles unter einen Hut – Bücher schreiben, Schulen beraten, Kunden gewinnen und gärtnern?

Gute Frage. Zurzeit versuchen wir, das Schreiben möglichst auf die Wintermonate zu verlegen. Mit Schulen zu arbeiten, das Geschäft voranzutreiben und neue Projekte aufzutun, gehört zu meinen täglichen Aufgaben. Ein Großteil der praktischen Gartenarbeit wird von unserem Team erledigt. Wir haben ein kleines Team von sechs Leuten, die mithelfen, die Gärten anzulegen und zu unterhalten. Ich selbst komme eigentlich nur nach der Arbeit und am Wochenende zum Gärtnern – in meinem eigenen Garten!

Letzte Frage. Wie groß muss ein Stück Land sein, damit man es eine Farm nennen kann?

Wenn jemand findet, dass seine Kiste voll Erde eine Farm ist, was spricht dagegen, sie eine Farm zu nennen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Martin Nolte



Colin McCrate und Brad Halm gründeten die Seattle Urban Farm Company

Foto: Nolte

Die Seattle Urban Farm Company

Colin McCrate, 35, baut seit den 1990er Jahren Bio-Gemüse an, angeregt durch Autoren wie Wendell Berry oder Eliot Coleman. Nach dem College arbeitete er auf biologisch wirtschaftenden Farmen, unterrichtete gartenorientierte Umwelterziehung und betreute Privatgärten. Gemeinsam mit seinem Studienkollegen Brad Halm, 33, gründete McCrate 2007 die Seattle Urban Farm Company. Das Unternehmen legt im Auftrag seiner Kunden Gemüsegärten an. Es berät und betreut die Kunden, erzeugt aber selbst keine Marktprodukte. Die kleine Gartenfläche der Seattle Urban Farm Company liegt in der City von Seattle. Dort befinden sich ein Gewächshaus zur Gemüse-Anzucht, eine Pflanzschule für überjährige Kräuter und eine kleine Versuchsparzelle, auf der neue Sorten und Techniken ausprobiert werden. Seattle ist die größte Stadt im Nordwesten der USA und liegt umgeben von Bergen und Meer im Bundesstaat Washington. Zu den bekanntesten Sehenswürdigkeiten der Stadt gehört der Pike Place Market, ein ganzjähriger, überdachter Farmer- und Handwerkermarkt am Meer. In vielen Stadtteilen gibt es außerdem wöchentliche Bauernmärkte. Der Farmers Market im Universitätsviertel mit seinem umfangreichen Bio-Angebot und Livemusik gilt als einer der besten der USA.

Martin Nolte

Farmer in ihrer Familie. Ich glaube, sie möchten sich wieder mit dem Wort verbinden.

Das Wort „Farm“ als Zauberwort?

In Amerika sind Farmer eine absolute Randerscheinung. Es ist, als ob niemand mehr Farmer kennt. Die Leute denken nicht darüber nach, wo das Essen herkommt. Sie sehen es nicht. Wir hoffen, wenn wir mehr Lebensmittelerzeugung in die Städte bringen – natürlich auch Farmer – wird das Verständnis für Lebensmittel wachsen. Vielleicht auch unsere Wertschätzung für die, die draußen

Europäische Zusammenarbeit angestoßen

Treffen von europäischen Bauern und Aufbereitern in Peterborough, England

Inzwischen erkennen immer mehr Bauern und Aufbereiter die schwierige Situation des Nachbaus in Europa. Die Gesetzesänderung von 1997 erreicht, Schritt für Schritt, immer mehr unserer Kollegen. Auch deshalb trafen sich nun in England Vertreter der IG Nachbau mit Interessensvertretern aus dem vereinigten Königreich und anderen europäischen Ländern. Das Treffen stand unter dem Stern einer immer größer werdenden Macht der Saatgutindustrie. Das Gute ist, wir haben erkannt, dass wir europa-, ja sogar weltweit zusammenarbeiten müssen. Weltweit werden noch immer die meisten Äcker mit Nachbausaatgut bestellt. Unserer Delegation mit Franjo Dohle, Jens Beismann und mir war erst einmal nicht bewusst, was uns in England erwartet. Nachdem wir uns in der Früh auf dem Londoner Flughafen Stansted getroffen haben, ging es sofort los, mit dem Zug in Richtung Birmingham. Vom Flieger erkannten wir schon viele Felder mit schlechter Wintersaat, dies bestätigte sich dann auf der Zugfahrt und bei vielen Gesprächen. Vom Bahnhof in Peterborough wurden wir von Dick Bowler, Vizepräsident der NAAC, der britischen Vereinigung der Saatgutaufbereiter, abgeholt. Wir fuhren auf einen Bauernhof in der Nähe der Stadt. Es war ein schöner Tag, die Sonne schien, die Landschaft war wirklich toll und unsere Partner ganz liebe Menschen. So war der Grundstein gelegt für zwei fruchtbare Tage, die uns in der Problematik des Nachbaus vereinen sollten.

Nachbau optimal

Hinzu kamen auch zwei Vertreter aus Frankreich, ein Däne und ein Belgier. In England wird Saatgut traditionell von mobilen Aufbereitern professionell für die Aussaat vorbereitet. Das sind Unterneh-

men, die bis zu 27 LKWs mit eigens zusammengestellten Reinigungs- und Beizsystemen bestückt haben und von Hof zu Hof fahren. Eine Anlage kostet ca. 300.000 Euro und mehr. Die Bauern bereiten Saatgut auch noch aus der vierten und fünften Nachbaugeneration auf. Viele Farmer haben festgestellt, dass ihr eigenes Getreide eine bessere Qualität hat als das, was sie kaufen können. Dies gründet darin, dass sie ihr eigenes Getreide auf ihren besten Feldern anbauen und sie es besser nach ihren Wünschen bis zur Ernte führen können. Zudem wird dadurch die Saat besser an die örtlichen Bedingungen angepasst. Dies sind Erfahrungen, welche sie über Generationen gemacht haben. Ein weiterer Vorteil durch die mobile Aufbereitung ist die frühe Verfügbarkeit des Nachbaus für die Bauern, denn das Getreide wird sofort nach der Ernte aufbereitet. So steht es dem Bauern für eine rechtzeitige Bestellung zum optimalen Saatzeitpunkt zur Verfügung. Konventionell und ökologisch arbeitende Bauern haben die Möglichkeit, das Nachbausaatgut optimal nach ihren Ansprüchen zu behandeln. Die Bauern haben festgestellt, dass die Zusammenarbeit mit den Aufbereitern ein Geben und Nehmen ist. In diesem Frühjahr ist in England ca. 70 Prozent des Wintergetreides durch schlechte Saatbedingungen kaputt gegangen. Deshalb musste viel neues Sommergetreidesaatgut gekauft und aus ganz Europa angekarrt werden. Ein Bauer, den wir besuchten, bewirtschaftet 1.200 acres (1 acre = 4.000 m²), Pachtpreis 300 Euro pro acre, 400 acre hat er schon neu eingesät. 400 lässt er liegen, weil es für die Aussaat zu spät ist und das Saatgut zu teuer. Er beklagte sich, weil er schon einmal Nachbaugebühren bezahlt hat und jetzt für das neue Saatgut noch einmal

bezahlen muss. Landwirtschaftliche Berater würden nur noch Hybridsaat empfehlen.

Angst vor Abhängigkeit

Allgemein wurde beklagt, dass sich der Sortenreichtum der einzelnen Länder immer mehr in eine europäische Sortenvielfalt durch Rechte der Großkonzerne verändert. Diese Sorten sind nicht an die regionalen Bedingungen angepasst. Des Weiteren wurden der Verlust der kleinen örtlichen Züchter und die Entwicklung zur Hybridsaat mit dem Nachbauverbot problematisiert. Hier sind alle ängstlich, dass die Marktbeherrschenden sich den Markt aufteilen wollen und sie alle Abhängige werden. Beklagt wurde auch, dass man nicht weiß, wofür die Nachbaugebühr verwendet wird. Anstatt nachbaufähiges Getreide zu züchten, geht das Geld in die Hybridzucht und Biotechnologie. In keinem Land, außer in Deutschland, wurden seitens der Züchter Gerichtsverfahren gegen Bauern ausgetragen. Die britischen Vertreter sagten: „Deutschland ist das Versuchsterrain der Züchter. Hier wolle man die Rechtsprechung für die Zukunft herausfinden, um sich die Eigentumsrechte zu sichern.“ Sie haben allen Respekt vor der IG Nachbau, denn sie hat es gewagt, Saatgutrecht vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Die besten Anwälte Englands hätten ihnen davon abgeraten, mit der Begründung „Keine Chance“, stattdessen sollte man versuchen, mit den Züchtern zu kooperieren. Dies zeigt deutlich, dass kleine Leute auch für Rechte eintreten können, sogar müssen, um diese nicht zu verlieren. Es geht um unsere Naturgüter, die Gemeingut sind und über Jahrtausende von unseren Vorfahren gezüchtet wurden und deshalb auch unseren Kindern frei zugänglich sein sollten.

Gerhard Portz, IG Nachbau



British countryside

Foto: Siedling/pixelio



STV-Deal in Frage

Die Auseinandersetzung um die Aussaat von Konsumgetreide nach den Auswinterungsschäden im Frühjahr 2012 bekommt eine neue Dimension. Wie berichtet (*Bauernstimme 5/13*) verklagt die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) Bauern und Aufbereiter, deren Daten ihr über jene Vereinbarung zugänglich wurden, die Bauernverband, Pflanzenzüchter und STV damals geschlossen hatten. Diese sollte Bauern Straffreiheit verschaffen, wenn sie ihre Konsumgetreideaussaat zugeben und Lizenzgebühren nachzahlen. Das die Initiatoren der Vereinbarung womöglich gar nicht in der Lage waren, Straffreiheit zu garantieren müssen sie nun erfahren. Vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz in NRW (LANUV) bekam die STV jetzt eine Ordnungsverfügung mit Straffandrohung, wonach sie binnen einen Monats alle ihr über die Vereinbarung zugegangenen Daten preisgeben soll. Das Landesamt will damit die juristische Verfolgung von Konsumgetreideaussaat aufnehmen. Die STV „sieht sich gezwungen, der behördlichen Anweisung zu entsprechen“, auch wenn sie „das Vorgehen des LANUV in der Sache für verfehlt“ hält. Sie, wie auch Bauernverband und Pflanzenzüchter, müssen nun fürchten, dass ihre Ablasshandelsvereinbarung nicht rechtens war. Eine Befürchtung übrigens, mit der die IG Nachbau damals Bauern und Aufbereiter vor einem sich einlassen auf die Vereinbarung gewarnt hatte. Betroffene sollten sich bei der IGN melden. cs

Tapferer Prinz oder böser Zauberer?

Welchen Frosch soll man küssen? Clemens Tönnies bringt die Bauern zum Staunen

Die Ernährung der Zukunft“ lautet das Thema der Veranstaltung des CDU-Kreisverbandes Aschendorf-Hümmling (Emsland). Veranstaltungsort ist das idyllisch gelegene Waldhotel Surwold, gleich neben dem Freizeitpark mit dem weithin bekannten und bei Kindern beliebten Märchenwald. Hier wollen sich viele emsländische Bauern heute Abend Orientierung und Trost holen, sind sie doch spätestens seit der niedersächsischen Landtagswahl zutiefst verunsichert, wie es in dieser Region mit intensivster Fleischproduktion weitergehen soll. Ein grüner Landwirtschaftsminister bestimmt jetzt mit über ihre Geschicke, sein Spitzname lautet hier Bauernschreck! Angesichts dieser Bedrohung scharen sich die Landwirte um ihre CDU, die es ja bisher immer noch gerichtet hat. Dementsprechend voll ist der Saal: gut 130 Menschen, davon sicherlich $\frac{3}{4}$ Bauern, füllen die Sitzreihen. Selbstverständlich ist auch die Bauernverbandsprominenz bestens vertreten, vom Kreislandwirt bis zum Vorsitzenden und Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft für Schlachtvieh. Zwischen Bauernverband und CDU besteht ohnehin weitgehend Personalunion. Als einziger AbLer komme ich mir ein wenig verloren vor, zum Glück entdecke ich noch zwei Mitstreiter, einen BDM-Kreisteamleiter und ein Mitglied einer Bürgerinitiative gegen Hähnchenmastställe. Wir sind in der Höhle des Löwen! Referent des Abends ist Clemens Tönnies, Inhaber des gleichnamigen Schlacht- und Fleischkonzerns aus dem westfälischen Rheda-Wiedenbrück. Mit seinem Weidemark-Schlachthof in Sögel ist er auch der Hauptabnehmer der emsländischen Schweine. Mit der Wahl des Referenten hat die CDU noch einmal gezeigt, wo ihre Stärken liegen: In der nahtlosen Verzahnung von Landwirtschaft, Politik und Nahrungsmittelindustrie. Mit dieser Dreieinigkeit wird man den Störenfrieden aus der Umwelt- und Tierschutzszene und ihrem grünen Minister doch wohl etwas entgegensetzen können! Die Erwartungen der Landwirte sind groß.

Unterhaltungspotenzial

Clemens Tönnies kommt anfangs auch sehr gut an. Der Selfmade-Mann tritt selbstbewusst und souverän auf und schildert zunächst seine Anfänge. Als 15-Jähriger ging er von der Volksschule ab und begründete mit seinem etwas älteren Bruder das Schlachtunternehmen, das er in 40 Jahren zu einem global Player mit 40 Prozent Marktanteil bei Schweineschlachtungen in Deutschland

entwickelt hat. Im lockeren Plauderton stellt er seine Unternehmensphilosophie dar, betont die Wichtigkeit des Weltmarkts - er beliefert 82 Länder - und der Spezialisierung: Jedes Schwein wird in 130 Einzelteile zerlegt, und jedes Teilstück gelangt in das Land mit der größten Wertschöpfung.

Wie Toffifee

So liefert Tönnies die „-chen“-Teile (Schwänzchen, Pfötchen, Öhrchen) nach China, Spareribs in die USA, fetten Schweinebauch nach Russland, usw. Staunend lauschen die Zuhörer der Geschichte des märchenhaften Aufstiegs, zumal ja sicher von dieser weltweiten Wertschöpfung auch ein Teil für sie ab-

Bauern, was mich natürlich mehr freut, als den emsländischen Kreislandwirt. Die gute Stimmung im Saal trübt sich ein, als Tönnies den naiven und geschäftsschädigenden Auflagen der Grünen seine Alternativen entgegengesetzt. Gesetzliche Regelungen lehnt er strikt ab, und fordert stattdessen die Mäster auf, freiwillig gesellschaftliche Forderungen zu erfüllen: Bauen Sie doch Luftwäscher ein, das stinkt doch sonst ekelhaft, ist doch den Menschen nicht mehr zuzumuten! Auch die Einrichtung von Ausläufen fordert er nassforsch. Die Nachfrage des Kreislandwirts, wie die zusätzlichen Kosten von ca. 20 Euro pro Schwein aufgebracht werden sollen, kontert er mit seinen guten Kontakten zum Einzelhandel: „Das

aber schon durchgeführt haben? Er sagt zwar: „Ich will doch meine Geschäftspartner nicht unter Wasser drücken, wäre ich ja schön dumm!“, aber ob er zugunsten der Bauern auf seine Marge verzichten würde? Diese Frage stellt sich besonders vor dem Hintergrund der großen Mastanlagen, die Tönnies mittlerweile in Russland betreibt, seinem Freund Putin zu Liebe, der ihn gebeten hat, die russische Fleischversorgung zu verbessern. Deutsche Mäster müssen wissen: Export ist keine Einbahnstraße! Auch das Angebot, alle nicht kastrierten Eber abzunehmen, stößt auf Skepsis; da Tönnies das einzige Schlachtunternehmen ist, das dazu bereit wäre, ergäbe sich eine Monopolstellung. Dass die Kastration



Verzauberter Prinz oder zu schluckende Kröte?

Foto: Koch-Schmid/pixelio

fällt. Flotte Sprüche würzen den Vortrag: Unsere Schweinepfötchen müssen in China wie Toffifees aus der Packung ploppen! Beifällig werden Seitenhiebe auf die weltfremden Grünen aufgenommen, die ja auch in NRW den Landwirtschaftsminister stellen. Dort hält Tönnies dagegen mit seinen guten Kontakten zu den führenden SPD-Politikern: „...und ich sage zu Frau Kraft: Hannelore, es geht um 1,5 Mio. Arbeitsplätze.“ Auch die emsländischen Bauern fordert er auf, sich an die SPD zu halten. Hierauf ermet er allerdings betretenes Schweigen: Er kann nicht wissen, dass es im ganzen Emsland und auch zum großen Teil in den umliegenden Kreisen mit Intensivtierhaltung gar keine gewählten SPD-Politiker gibt, Grüne schon gar nicht. Wie auf den Maisäckern des Emslandes, zeigen sich hier die Nachteile von Monokulturen. Überhaupt kennt Tönnies Gott und die Welt, sogar F.-W. Graefe zu Baringdorf lobt er als kernigen

mach´ ich mit der Rewe klar!“ Auch kritische Fragen zur Preisgestaltung werden abgebügelt. Tönnies verteidigt seine Hauspreise mit dem Hinweis darauf, dass die Vorstellungen der Lieferanten einfach überhöht und am Markt nicht durchsetzbar seien. Zweifel an der Weltmarktorientierung und der Möglichkeit weiteren Wachstums im Emsland lässt er nicht zu; die Weltbevölkerung braucht Fleisch, und Probleme, wie die hohe Güllebelastung müssen technisch gelöst werden. Spätestens hier wird es vielen Zuhörern mulmig: Mengensteigerung und damit verbundener Preisdruck, Beibehaltung der Weltmarktorientierung, die ja auch nur bis zu einem gewissen Preisniveau funktioniert und gleichzeitig Erhöhung der Tierschutz- und Umweltstandards! Wie soll das funktionieren? Was, wenn Tönnies mit seiner Preisoffensive beim Handel keinen Erfolg hat, die Mäster die teuren baulichen Veränderungen

aufhören muss, ist für ihn völlig unstrittig: „Hört endlich auf zu kastrieren, das ist doch Tierquälerei! Ihr macht es doch selber nicht gerne!“, so bringt er das Thema hemdsärmelig auf den Punkt.

Verwirrte Besucher

Schließlich geht die Veranstaltung zu Ende, und die Bauern verlassen den Saal. Der Abend ist für sie, aber auch für mich anders verlaufen als erwartet, und die Verunsicherung zeigt sich daran, dass viele noch lange auf dem Parkplatz zusammenstehen und diskutieren. Auch ich frage mich vor der Kulisse des nächtlichen Märchenwaldes: Wer ist jetzt der tapfere Prinz und wer der böse Zauberer für die emsländischen Landwirte: Der neue grüne Landwirtschaftsminister oder Geschäftspartner wie Tönnies in den Wertschöpfungsketten?

Ottmar Ilchmann
Milchbauer aus Ostfriesland

Marketingcoup für Öffentlichkeit

Protokollnotizen zur BVVG- Privatisierung als Reaktion auf Demos und Kritik

Nach den Bund-Länder-Gesprächen zur Privatisierung der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) Ende Januar 2013 sollte ursprünglich an den Privatisierungsgrundsätzen von 2010 nichts geändert werden. Vor kurzem legte aber das Bundeslandwirtschaftsministerium „Protokollnotizen“ vor, die gewisse Veränderungen in der Privatisierungspolitik andeuten sollen. Warum diese Veränderungen und was bedeuten diese tatsächlich? Die Privatisierungsgrundsätze der BVVG von 2010, auf die sich die „Protokollnotizen“ beziehen, benachteiligen nachhaltig, und gegenüber den alten Richtlinien noch verstärkt, bäuerliche Betriebe insbesondere unter 250 ha (Unabhängige Bauernstimme 12/2012). Nun werden folgende Veränderungen angekündigt: Für die Ausschreibung von BVVG-Flächen soll die Losgröße von 50 auf 25 ha reduziert werden. Des Weiteren sollen sich Junglandwirte an den beschränkten Ausschreibungen beteiligen können, deren Umfang überdies 2013 und 2014 von 5.000 auf 7.500 ha heraufgesetzt wird. Außerdem können an den beschränkten Ausschreibungen auch Personen teilnehmen, die noch keinen eigenen Betrieb haben, wenn diese weitere Kriterien erfüllen.

Medienaufmerksamkeit

Ein wichtiger Grund für diese nachgeschobenen, angekündigten Veränderungen dürfte in Demonstrationen, von vor allem studentischen Gruppen, gegen die BVVG- Privatisierungspraxis während der Pressekonferenz der BVVG Ende Januar 2013 liegen. Diese Proteste hatten eine gewisse Medienaufmerksamkeit zur Folge. Die bisherige Tätigkeit der BVVG bei der Verpachtung und dem Verkauf ist so skandalös, dass die dafür politisch Verantwortlichen, dies sind in erster Linie die ostdeutschen Agrarminister und die Bundesagrarministerin, aus CSU, SPD und CDU, jede Art von medialer Diskussion dieses Themas scheuen und schon im Entstehen bekämpfen. Bislang erfolgreich, in den ostdeutschen Tageszeitungen, Magazinen wie Spiegel oder

Focus, sowie dem gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind die Subventionen bei der BVVG-Privatisierung in einem Umfang von bisher rund 20 Mrd. Euro für wenige tausend ostdeutsche Großagrarien und Agrarindustrielle kein Thema. Die studentischen Aktivitäten erregten zumindest kurzzeitig Aufmerksamkeit und hätten nachhaltig zum Thema in den Medien werden können. Nur so ist schnelles Entstehen und Veröffentlichung der Protokollnotizen, von denen eben vorrangig Junglandwirte und Betriebsgründer profitieren, zu erklären.

Kein Interesse

In der Sache entlarven auch die Protokollnotizen zur BVVG einmal mehr den Willen der Agrarminister, die ostdeutsche Landwirtschaft zur agrarindustriellen Vorreiterregion zu machen. Die Möglichkeit an BVVG-Flächen über die sogenannte beschränkte Ausschreibung zu kommen steht besonders arbeitsintensiven Betrieben, viehhaltenden Betrieben, Gartenbaubetrieben und Ökobetrieben, offen. Sie spielt bisher eine zu vernachlässigende Rolle, es wurden bis Ende 2011 weniger als 0,7 Prozent der BVVG-Flächen über beschränkte Ausschreibungen privatisiert. Dies, obwohl ostdeutsche Agrarpolitiker und Ministerpräsidenten immer wieder die Bedeutung der BVVG-Flächen für die Stabilisierung der Betriebe und der Beschäftigung im ländlichen Raum betont haben. Auch aus einem weiteren Grund ist bei der Ankündigung der Ausweitung der beschränkten BVVG-Ausschreibungen Vorsicht geboten. Seit 2003 sollten jährlich 3.000 ha über beschränkte Ausschreibungen privatisiert werden. Dies hätte bis Ende 2011 über 24.000 ha bedeutet, insgesamt bei 700.000 ha Privatisierung noch recht wenig. Tatsächlich wurden aber nur ca. 5.500 ha so privatisiert. In diesem Licht können die Ankündigungen der Protokollnotizen nur skeptisch eingeschätzt werden. Eine weitere Täuschung, um das Thema BVVG aus den Medien zu halten? Die bauernfeindliche BVVG-Privatisierung geht weiter!

Jörg Gerke

Kurzes am Rande

Diskussion zur Agrarstruktur gefordert

Der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands der gemeinnützigen Landgesellschaften der Bundesländer (BLG), Dr. Willy Boß, fordert von Bund und Ländern eine Diskussion über moderne Agrarstrukturpolitik und eine Auseinandersetzung mit Rahmensetzung für die Entwicklung der Landwirtschaft. Er sieht den vor allem in ostdeutschen Bundesländern zunehmend stattfindenden Verkauf von Geschäftsanteilen landwirtschaftlicher Unternehmen kritisch. Eine Studie des Von-Thünen-Institutes hat diese steigende Tendenz, aber auch die Schwierigkeiten Informationen über die Zusammensetzung der Anteilseigner zu bekommen, festgestellt. Auswirkungen auf die Struktur von Landwirtschaft und ländlicher Region sind weder für die Wissenschaftler noch für Boß abschätzbar. Letzterer benennt den Vorrang regionaler Wertschöpfung und den Erhalt des Landschaftsbilds als Kriterien für positive Agrarstruktur. Ebenfalls besorgt über die Agrarstruktur in Ostdeutschland ist der Deutsche Bauernbund (DBB). In einer Pressemitteilung werden die Protokollnotizen zu den Privatisierungsgrundsätzen der BVVG als nicht weitgehend genug kritisiert. Es brauche wirksamere Maßnahmen zur Verringerung des Kauf- und Preisdrucks sowie eine stärkere Ausrichtung auf kleine, bäuerliche Betriebe und Junglandwirte. cw

Sicherung GVO-freier Soja

Im Mai 2013 haben sich führende deutsche und europäische Lebensmittelhandelsketten und der Deutsche Verband Tiernahrung (DVT) in einer gemeinsamen „Brüsseler Erklärung“ für gentechnikfreie Soja stark gemacht. Edeka, Rewe, tegut, Kaiser's Tengelman, Kaufland, Lidl, Netto sowie österreichische, belgische und portugiesische Händler appellieren an die Entscheidungsträger der brasilianischen Sojabranche, die Belieferung mit gentechnikfreiem Soja sicher zu stellen und auszuweiten. Zuvor gab es Irritationen, was die Liefersicherheit mit gentechnikfreiem Soja betraf. Im April erklärte die britische Supermarktkette Tesco, dass sie aufgrund von Versorgungsengpässen ihre Geflügelfleisch- und Eierproduktion auf Gentechnik-Futter umstellen. Wettbewerber wie Sainsbury, Marks and Spencer und die Schweizer Coop zogen nach. ABRANGE - der Verband der gentechnikfreien Sojaerzeuger in Brasilien - erklärte darauf hin, es gebe keinen Grund für solche Mutmaßungen. In Brasilien werde dies Jahr eine Rekorderte von 82 Mio t eingefahren, ein Viertel davon ist konventionell angebaute, gentechnikfreie Soja. Nach Berechnungen der AbL sind weiterhin knapp 50% des EU-Bedarfes an Soja in gentechnikfreier Qualität allein aus Brasilien lieferbar – wenn es denn geordert wird. av

Erhalt der Zuckermarktordnung

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert von den Entscheidungsgremien der EU einen Erhalt der EU-Zuckermarktordnung auch über die derzeit diskutierten Fristen von 2017 oder 2020 hinaus. Die mit der Marktordnung verbundene Mengenbegrenzung mit garantierten Mindestpreisen für die Rübenanbauer diene auch der Sicherung einer heimischen Zuckerversorgung. Sie sei wegen des Außenschutzes vor Importen aus Ländern mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards auch ein Instrument für den gesteuerten Import von öko-sozial fairem Zucker gerade aus den unterentwickeltesten Ländern. Die Ankündigung des Endes der Zuckermarktordnung durch die EU-Kommission führt die AbL vor allem auf den Lobbydruck der zuckererarbeitenden Konzerne der Süßwaren- und Getränkeindustrie zurück. In vielen Zucker-Aktiengesellschaften schwindet nach Einschätzung der AbL zudem der Einfluss der rübenanbauenden Landwirte zugunsten eines abgehobenen Managements und von nur noch dividenden-orientierten Aktionären ohne Rübenanbau. en

Stärkere Kontrollen bei Futtermittelhandel

Besonders die überregional tätigen Futtermittelfirmen, wie z.B. das Unternehmen Toepfer International, das die Weiterverbreitung von aflatoxinverseuchtem Mais im März zu verantworten hat, sollen auf den Prüfstand. Auf der Konferenz der Verbraucherschutzminister Mitte Mai in Bad Nauheim ist der Beschluss gefasst worden, die amtliche Überwachung der Eigenkontrollsysteme der Branche zu verstärken. Geprüft werden soll zudem die am Verursacherprinzip orientierte Möglichkeit von den Unternehmen Gebühren zu erheben, um die zuständigen Behörden zu finanzieren. Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner hatte diesem Vorschlag schon im Vorfeld der Konferenz ihre Zustimmung gegeben. Die gleiche Möglichkeit eingeräumt hatten auch die EU-Kommission und der Bundesrechnungshof, der in einem Gutachten grundsätzlich die verbesserte Ausstattung der Lebensmittelüberwachung angemahnt hatte. cw

Grund zum Andenken!

Im Februar 2013 jährte sich zum 60. Mal eine Intervention der Bischöfe der DDR zugunsten der Bauern. Ab 1948 begannen in der SBZ/DDR die Verfolgungen der „Großbauern“ (20 bis 99 ha) und erreichten 1952/53 einen ersten Höhepunkt. Die Bischöfe in der DDR haben in einem Schreiben an den damaligen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl (bis 1946 SPD, danach SED) genau dies beklagt und kritisiert. Dieses Eintreten für bäuerliche Landwirtschaft, gegen die Zwangskollektivierung und gegen die Mächtigen, wäre eines Andenkens 60 Jahre danach wert gewesen. Dass sich aber jetzt stattdessen kaum jemand aus entsprechenden Kreisen dazu öffentlich geäußert hat, passt in das Bild der evangelischen Kirchen in Ostdeutschland, die in vielen Fällen heute auch lieber ihre landwirtschaftlichen Flächen nicht an bäuerliche Betriebe verpachten. Die Flächen der mecklenburgischen Landeskirche sind an Betriebe verpachtet, die im Mittel 850 ha groß sind. Es passt ebenso in das Bild, dass die evangelische Kirche in Thüringen keinen Bedarf sieht, die Flächen verstärkt an bäuerliche Betriebe zu verpachten. Jörg Gerke

Gemeinsam gegen Konzerninteressen

Kartellamt ermittelt gegen Kartoffel- und Zuckerkonzerne

US-Gericht stärkt Patentrechte

Der Oberste Gerichtshof der USA hat einem Farmer untersagt, patentiertes Saatgut des Konzerns Monsanto nachzubauen. Das Gericht stärkt damit den Patentschutz auf Saatgut und die Marktmacht des Agrarriesen. Farmer Bowman kaufte für seine erste Aussaat Roundup Ready Sojabohnen und hielt sich auch daran, keinen Nachbau zu betreiben. Für seine zweite Aussaat, nach der Getreideernte, verwendete er Getreidemischungen von einem örtlichen Händler. In den USA dürfen diese preiswerten Mischungen aus Restbeständen der Anlieferungen der Farmer – anders als in der EU – legal zur Aussaat verkauft werden. Aufgrund der hohen Verbreitung von GV-Saatgut enthalten auch diese Mischungen Roundup Ready Sorten. Bowmans Anwälte argumentieren, dass Monsanto das Saatgut bereits einmal verkauft hat und deshalb die Ansprüche des Konzerns abgegolten seien. Die breite Auslegung der Patente, so wie es Monsanto verlangt, sei eine Einschränkung der „normalen“ Arbeitsweise der Landwirte, Saatgut zu tauschen und selbst zu vermehren. Demgegenüber urteilte das Gericht: „Wenn alle Landwirte so handeln würden, hätten Patente auf Saatgut nur noch wenig Wert.“ av

Das Bundeskartellamt hat mehrere Kartoffelhandels- und Abpack-Unternehmen wegen des Verdachts auf langjährige Preisabsprachen bei Speise- und auch Pflanzkartoffeln durchsucht. Viele Landwirte begrüßten diese Aktion mit Hinweis auf undurchsichtige Strukturen im Kartoffelhandel und vor allem bei den Kartoffelzüchtern. Andere verwiesen darauf, dass die vermuteten Preisabsprachen unter den Kartoffelhändlern seit etwa zehn Jahren auch die Erzeugerpreise mit gestützt hätten. Die hohen Investitionen von Kartoffelbauern in Kühlkapazitäten, zur Erhaltung der Kartoffelfrische bis in den Juni hinein, erforderten sogar eine abgestimmte Vermarktung, damit man zum Saisonende einerseits nicht auf einem großen Rest sitzen bleibe bzw. andererseits genügend deutsche Ware bis zum Saisonende vorhanden sei. Das Kartellamt sei zudem gut beraten, mahnte die AbL in Niedersachsen, auch den Druck der fünf großen Lebensmittel-Handelskonzerne auf die Kartoffelpreise und auf übertriebene „Qualitätskriterien“ und mögliche Preisdumping-Angebote in den Supermärkten unterhalb des Einstandspreises in den Blick zu nehmen. Zu diesem Druck des Handels auf Lieferanten und in der Folge davon auch auf Landwirte komme oft auch noch die Forderung des Handels, nur noch von einem oder wenigen Abpackbetrieben beliefert zu werden – dies verstärkte die Konzentration in dieser Branche zusätzlich. Insofern gebe es in Teilen der Landwirtschaft durchaus auch

Verständnis für eine mögliche „Gegenwehr“ bzw. preisstützende Absprachen der Abpacker gegenüber der Macht der Lebensmittelhandels-Konzerne.

Große Strukturen

Die Nummer Eins im deutschen Kartoffelhandel ist die Raiffeisen-Waren-Zentrale (RWZ) nebst Tochterfirma Weuthen, die aber den Lebensmittelhandel nicht direkt beliefert, sondern ihren Abpackbetrieb Maurer-Parat an den Branchenweiten, die Böhmer-Kleinlein-Gruppe verpachtet hat. Die Speisekartoffel-Gruppe Agrata/Krohn/Agrarkontor/Agricola wurde vor einem halben Jahr überraschend an die Heilmann-

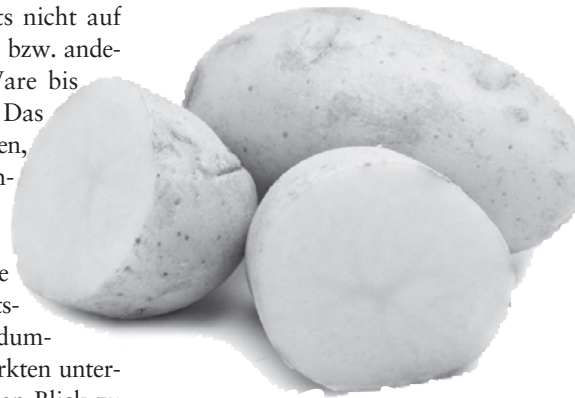


Foto: Sarah Hegwald/pixelio

Gruppe verkauft, womöglich bereits unter dem Eindruck künftiger Kartellamtsprobleme. Weitere große Akteure sind die Helle Niedersachsen Raiffeisen Kartoffel GmbH Hannover, das KCB – Kartoffel-Centrum Bayern (gehört hälftig der BayWa AG und der RWZ) sowie Agropa, Deyering, Wild, Groka, RV Beindersheim oder

Friweika. Der KTG-Hofreiter-Landbau-Konzern steigt aktuell mit eigenen Anbau- und Abpack-Kapazitäten auch in den Bio-kartoffelmarkt ein. Nicht zu vergessen der Stöver-Konzern, der neben eigenen Großbetrieben auch viele Kartoffelbauern für Pommes-Kartoffeln unter Vertrag hat.

Interessen bündeln

Die Problematik darf jetzt nicht darauf reduziert werden, dass Verbraucher aufgrund von Preisabsprachen jahrelang zu viel für Kartoffeln bezahlt haben. Vielmehr geht es darum, dass Kartoffelbauern auskömmliche Preise für ihre Produkte brauchen. In der Branche wird jetzt verstärkt darüber nachgedacht, nach dem Beispiel des Milchboards und des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter das Marktstrukturgesetz zum Aufbau einiger weniger Groß-Erzeugergemeinschaften zu nutzen und eine stärkere Erzeuger-Interessenvertretung aufzubauen.

Zucker auch

Kurz nach den Meldungen über dieses „Kartoffelkartell“ wurde bekannt, dass das Kartellamt auch Zuckerfirmen in Österreich, Ungarn, Lettland, Rumänien und Deutschland durchsucht hat, darunter die Büros der Südzucker und der Nordzucker. Ein Zuckerkartell würde die Akzeptanz des berechtigten Einsatzes der Rübenanbauer für die Verlängerung der EU-Zucker-Marktordnung mit ihren erzeugerpreissichernden Rübenquoten gefährden.

Eckehard Niemann

Patentamt in die Schranken weisen

Breites Bündnis fordert Änderungen in den gesetzlichen Patentregeln

Das ist Musik drin, wenn das Europäische Patentamt (EPA) auf konventionell gezüchtete „red hot chili peppers“ ein Patent an die Firma Syngenta vergibt. Viel mehr als die Tatsache, dass damit erneut das Produkt einer klassischen Pflanzenzüchtung patentrechtlich geschützt wurde, sorgt für Protest, dass sich das EPA damit zum wiederholten Male über anderslautende gesellschaftliche wie auch politische Ansprüche hinweg gesetzt hat. Zwei Mio. Unterzeichner haben sich in einer Erklärung gegen Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen ausgesprochen, ebenso wie das Europäische Parlament und der deutsche Bundestag. Letzteren, sowie als direkte Ansprechpersonen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, forderte nun ein breites Bündnis von Verbänden unter dem Dach von „Keine Patente auf Saatgut“ dazu auf, der derzeitigen

Patent-Vergabepaxis des EPA ein Ende zu setzen. Hierzu müsse jetzt das deutsche Patentgesetz entsprechend klar geregelt werden. Außerdem sollten, so das Bündnis in einem Brief, deutsche Politiker auch auf europäischer Ebene eine Initiative für entsprechende Veränderungen anstoßen. Im Fokus steht eine Veränderung der Ausführungsordnung des EPA, da es erhebliche Unterschiede gibt zwischen dem Wortlaut des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) und seiner Auslegung. Während beispielsweise das EPÜ die Patentierung von Pflanzensorten oder Tierrassen verbietet, erteilt das EPA regelmäßig Patente, die sich genau darauf erstrecken. Der Verwaltungsrat des EPA, in dem die Repräsentanten der Mitgliedsländer sitzen, könnte die Auslegung der Gesetze ändern und auf diese Weise wirksame Maßnahmen gegen die Aushöhlung der bestehenden Verbote ergreifen. Auch im deutschen Patentgesetz

könnten derartige Änderungen im laufenden Verfahren der Novelle des deutschen Patentgesetzes vorgenommen werden. Zwar beteuert das Bundesministerium für Justiz in einer Stellungnahme, dass es hier keinen Auslegungsspielraum gebe. Aber diese Einschätzung ist nach Auffassung des Bündnisses „Keine Patente auf Saatgut“ aber auch nach der des Europäischen Parlaments nicht korrekt. Beide sehen erheblichen Gestaltungsspielraum. Allerdings ist sich die Regierungskoalition in Deutschland nicht so ganz eins. Während es in der Unionsfraktion immer schon Stimmen gegen Patente auf Leben gegeben hat, wollte die FDP nie an eine Änderung des deutschen Patentgesetzes ran. Selbst wenn nun einzelne CDU-Abgeordnete das fordern, ist fraglich, auf wie viel Koalitionsstreit sich die Regierung vor den Bundestagswahlen noch einzulassen bereit ist. av/cs

Das Beste rausholen

Die AbL diskutiert über ihre Position zur GAP

Die EU-Agrarreform nimmt immer konkretere Formen an. Jetzt gilt es Strategien zu entwickeln, um eine nationale Umsetzung zu begleiten. Dafür zu sorgen, dass die Spielräume, die sich für die Förderung einer bäuerlichen, gesellschaftlich akzeptiert und gewollten Landwirtschaft ergeben, genutzt werden. Aus diesem Grund trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Anfang Mai zu

einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Kassel. Aus ganz Deutschland reisten Menschen an, um an der gemeinsamen Diskussion um die aktuelle Ausrichtung, Positionierung und den Forderungen der AbL teil zu nehmen. In einem konstruktiven Klima wurde eine gemeinsame Position erarbeitet und abgestimmt. Mit großer Mehrheit beschloss die Versammlung die folgende Erklärung:

Gemeinsame Erklärung zur EU-Agrarreform zur nationalen Umsetzung und als Grundlage für die zukünftige Ausrichtung der AbL-Forderungen zur EU-Agrarpolitik

I. In der Endphase der aktuellen Diskussion um die EU-Agrarreform und angesichts der auf dem Tisch liegenden Positionen fordert die außerordentliche AbL-Bundes-Mitgliederversammlung die Bundesregierung und die Bundesländer im Bundesrat auf, sich bei den Verhandlungen in Brüssel und bei der nationalen Umsetzung der Reform in Deutschland aktiv dafür einzusetzen, dass bäuerliche Betriebe durch die Reform und ihre nationale Umsetzung gestärkt werden und dass die durch die bisherige Agrarpolitik hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen zulasten bäuerlicher Betriebe beendet werden. Wir fordern Bundesregierung und Bundesländer auf, die sich abzeichnenden nationalen Gestaltungsmöglichkeiten dafür zu nutzen und auszuschöpfen. Insbesondere fordern wir die Bundesregierung und Bundesländer auf:

a) die Möglichkeit zu nutzen, die Direktzahlungen nach oben hin zu begrenzen und dazu eine angemessene Obergrenze und eine konsequente Staffelung der Basisprämien einzuführen und dabei den Faktor Arbeit auf den Betrieben in Form von tatsächlich anfallenden sozialversicherten Arbeitskosten positiv zu berücksichtigen,

b) die Möglichkeit zu nutzen, einen Zahlungsaufschlag auf die ersten 20 Hektar je Betrieb zu gewähren und dafür die gesamten national zur Verfügung stehenden Direktzahlungsanteile (30 Prozent sind in der Diskussion) einzusetzen. Dieser einzuführende Zahlungsaufschlag macht es erforderlich, den Faktor Arbeit auch für kleine und mittlere Höfe anzusetzen – hier aber in Form eines kalkulatorischen Arbeitszeitbedarfs, um eine bäuerliche Wirtschaftsweise zu fördern und abzusichern. Das ist eine zentrale Maßnahme, um die hohe gesellschaftliche Wertschätzung, die kleinere und mittlere bäuerliche Betriebe genießen, in praktische Politik umzusetzen. Diese Betriebe sind die Basis einer bäuerlichen, umwelt- und tiergerecht gestalteten Landwirtschaft und Voraussetzung für lebendige und vielfältige Dörfer und Landschaften. In Verbindung mit der Einführung einer konsequenten Obergrenze und Abstufung wird durch den Aufschlag für die ersten 20 Hektar die Stabilität bäuerlicher Betriebe erhöht und die Zupachtmöglichkeit großer industrialisierter Betriebe durch überhöhte Pachtzahlungen erschwert.

c) die Möglichkeit zu nutzen, um die vom EU-Rat beschlossenen einseitigen Kürzungen zulasten der zukunftsweisenden Förderprogramme der zweiten Säule (Ländliche Entwicklung) auszugleichen, indem entsprechend und in differenzierter Weise (z.B. mit einzelbetrieblichen Freigrenzen) bis zu 15 Prozent der national zur Verfügung stehenden Direktzahlungssumme der EU in diese Programme umgeschichtet und dort für umwelt- und tiergerechte bäuerliche Wirtschaftsweisen eingesetzt werden. Auch die aus der Staffelung und Obergrenze resultierenden Mittel sind hierfür einzusetzen.

d) die nationalen Spielräume zur Umsetzung des „Greening“ so zu nutzen, dass mit wenig Bürokratie in der Praxis eine möglichst große positive ökologische Wirkung erzielt wird. Wir müssen wegkommen von der Förderung für Mais-Monokulturen und Humusabbau und hinkommen zu vielfältigen, humusmehrenden Fruchtfolgen, in denen Leguminosen ihren festen Platz haben. Wir müssen wegkommen von einer weiteren Ausräumung der Landschaften und dem anhaltenden Verlust an biologischer Vielfalt und hinkommen dazu, dass der Einsatz der Betriebe für Vielfalt honoriert wird und entsprechend anderes Verhalten sanktioniert wird. Der Umfang des Grünlandes muss auf Betriebsebene zum Stand des Jahres 2012 erhalten bleiben. Verbesserung der Grünlandqualität und Verschiebung des Grünlands auf der Fläche des Betriebes (z.B. um Weidengänge zu ermöglichen) müssen ermöglicht werden.

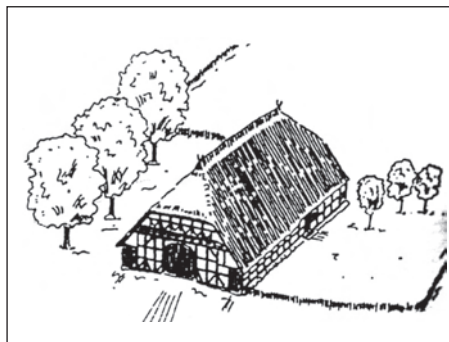
e) alle Möglichkeiten zu nutzen, um den landwirtschaftlichen Erzeugern zu einer starken eigenständigen, d.h. von den Interessen der vor- und nachgelagerten Bereiche der Lebensmittelkette unabhängigen Stellung am Markt zu verhelfen. Das gilt für den Milchmarkt und den Fleischmarkt in exemplarischer Weise. Auf europäischer Ebene fordern wir Bund und Länder auf, sich für Maßnahmen einzusetzen, die Überschüsse vermeiden, statt sie erst staatlich subventioniert einzulagern und dann marktschädlich wieder auszulagern. Die EU-Agrarpolitik muss auch der internationalen Verantwortung gerecht werden, EU-Exporte zu Dumpingpreisen müssen ausgeschlossen werden.

Mehr Ehrlichkeit!

Neulich nahm ich an einer Führung über einen Milchviehbetrieb teil, welche mir aus verschiedenen Gründen lange Zeit im Gedächtnis bleiben wird. Selbst Milchbauer, bin ich bei zwei Themenkomplexen besonders hellhörig – bei der Frage nach dem Weidengang und bei der Frage der Enthornung.

So werden die Bauern im Gespräch niemals müde, die Vorteile des Weidengangs für die Kühe zu betonen, und wie schön das sei, wenn die Schwarzbunten wiederkäuend im Grase lägen, und das Schles-

wig-Holsteiner Landwirtschaftsministerium veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse einer Umfrage unter Bauern, wonach nur 10 bis 15 Prozent der Milchkühe im Norden keinen Weidengang mehr bekämen. Als ich das hörte, dachte ich sofort, da sei wohl der Wunsch der Vater des Gedanken. Ähnlich wie bei Umfragen nach der Sexhäufigkeit – da



... aus Schleswig-Holstein

wird wohl so schnell keiner sagen: „Viermal im Jahr!“; stattdessen behauptet er: „Vier mal die Woche!“; nachprüfen wird das ja keiner – sagt sich ja leicht, dass die Kühe natürlich auf die Weide kämen; schließlich weiß man ja, wie gut das Image der Kuh auf der Weide ist, und dem will man mit dem eigenen Betrieb gern entsprechen. Wird dann aber nachgefragt, kommt schnell die Wahrheit ans Licht: Die Jungtiere kommen vielleicht raus, die Trockensteher auch, aber damit hat es sich meist schon. Für die Milchkühe bleiben allenfalls die obligatorischen anderthalb Hektar Joggingweide – je nach aktueller Witterung staubig oder matschig. Von Weidengang kann da – mal ehrlich – nicht die Rede sein. Trotzdem gibt es eine Molkerei im Norden, die Milch mit dem Namen „Weidemilch“ vertreibt, ohne dass die Kühe den Stall verlassen müssen – in den Augen vieler Beobachter eine klare Verbrauchertäuschung. Gerade als Milchbauer, der seine Kühe im Sommer Tag und Nacht weiden lässt und sie nur zum Melken kurz Reinholt, kann einen das ganz schön sauer machen.

Weiteres Thema: die Enthornung. Auch meine Kühe sind zum großen Teil enthornt, und in meinem Laufstall von 1990, der wie fast alle Laufställe für hornlose Tiere konzipiert wurde und in welchem bauliche Veränderungen kaum möglich sind, wird das auch weiterhin so sein müssen, damit sich die Kühe bei Rangordnungskämpfen nicht schwere Verletzungen zufügen. Ich finde, das ist ein echtes Problem. Ich werde deswegen keinen neuen Kuhstall bauen – das kann ich mir nicht leisten – aber ich schäme mich dafür, meinen Kühen die Hörner amputieren zu müssen, damit ich sie in meinem Stall halten kann. Qualitativ ist das nichts anderes als das Schwänzekupieren bei Schweinen oder das Schnäbelschneiden beim Geflügel: Wir verändern das Tier, damit es zu unseren Haltungsbedingungen passt. Das ist – verdammt nochmal – der verkehrte Weg. Deswegen ärgere ich mich jedes Mal sehr, wenn Kuhbauern das Enthornen der Kälber als minimalen Eingriff herunterspielen – das sei quasi wie Nägelschneiden oder so, und die Kälber würden da gar nix von mitkriegen. Der Milchbauer von der oben erwähnten Hofführung sagte auf die Frage eines offensichtlich reichlich unbedarften Journalisten, warum die Kühe im Stall alle keine Hörner hätten: „Stellen Sie sich mal vor, wieviel Krieg es in unserer Welt gäbe, wenn unsere Frauen alle Hörner hätten, das gäbe ein Hauen und Stechen! Nein, das geht nicht!“ Zack, Antwort beendet. Ich kriegte den Mund gar nicht wieder zu. Auf eine ernsthafte Frage eine so blöde, frauen- und kuhfeindliche Antwort zu geben – dazu gehört schon was. Im Hintergrund stand die schwarz-rot-goldene Plastikkuh mit der Aufschrift „Die faire Milch“. Natürlich mit Hörnern.

Tierwohl im Lehrplan

Niedersachsens überbetriebliche Ausbildungsstätte für Tierhaltung baut um

Immitschkämpän

Das schlechte „Bauern-Image“ - so nennt es die top agrar in ihrer aktuellen Ausgabe - beschäftigt schon länger die landwirtschaftlichen Verbände. Ratschläge wie: mehr Emotionen, weniger Zahlen und Fakten, nur das Bild vom einzelnen Masthähnchen statt den Blick in den ganzen 40.000 er Stall, gibt der DLG-Schweine- und Öffentlichkeits-Experte Jörg Bauer der Zeitung. Die bauernverbandsnahe Andreas-Hermes-Akademie in Bonn bietet einen neuen Ausbildungsgang zum „Coach Dialog Tierhaltung“ an der sich an Berater, Verbandsmitarbeiter, Coaches, die Landwirte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützen möchten, richtet. Dies sei beispielsweise wichtig, wenn Landwirte einen Stall bauen wollten und die örtlichen Anwohner frühzeitig in die Planung einbeziehen möchten, heißt es in der Beschreibung des Ausbildungsganges. Der schleswig-holsteinische Bauernverbandspräsident Werner Schwarz, der mit seiner Webcam im Sauenstall einen Shitstorm ausgelöst hatte, setzt weiter auf mediale Kommunikation: Seine Erfahrungen dokumentiert nun ein Videofilm. Botschaft: Leider entsprechen viele über die landwirtschaftlichen Nutztiere verbreitete Bildmotive nicht der Realität. Und der Verein Information-Medien-Agrar (IMA) meldet, dass bereits mehr als 50 Landwirte in ihrem Projekt „EinSichten in die Tierhaltung“ „Besuchern und Medienvertretern an geeigneter Stelle durch große Fenster einen Blick auf ihre Tiere im Stall“ gewähren, „um die moderne Tierhaltung transparenter zu machen und so das Vertrauen in die Produktion von Nahrungsmitteln zu stärken.“ cs

Das alles hier“, Martina Wojahn macht eine ausladende Handbewegung, „wird abgerissen und neu gebaut.“ Lläuft man mit ihr, der Geschäftsführerin, über das Gelände der, auch mit einem neuen Namen versehenen, landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsanstalt in Echem bei Lüneburg bekommt man den Eindruck eines Neuanfangs. Landwirtschaftliches Bildungszentrum (LBZ) heißt der 200 Hektar-Betrieb nun und Martina Wojahn ist es wichtig zu

selbst wollte das Projekt doch noch zu einem guten Ende bringen. „Plötzlich gab es die Idee, da auch einen Biostall zu bauen“, erinnert sich Jan Hempler, Landwirtschaftlicher Berater bei der Kammer für artgerechte Tierhaltung. Als sich dann bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 2011 die Mehrheitsverhältnisse in der Gemeinde Scharnebek änderten, entwickelte sich eine neue Dynamik. Mehrere rot-grüne Vertreter des Gemeinderates verhandelten mit der Land-

unterschiedlicher Ferkelplätze. „Das war eine Kritik“, sagt Wojahn, „dass sich die ersten Planungen nur auf dem Niveau der Nutztierhaltungsverordnung bewegten.“ Da habe man drauf reagiert, auch vor dem Hintergrund des noch von CDU-Landwirtschaftsminister Gerd Lindemann vorgelegten Tierschutzplans und dem Anspruch, als Kammer zukunftsorientiert zu beraten, so Wojahn. Gleichzeitig macht sie aber auch geltend, dass man, so lange es erlaubt sei, eben auch das zeige, was in der Praxis gängig ist, sei es nun das Kastrieren der Ferkel oder das Enthornen der Rinder. „Wir wollen alle mitnehmen, niemanden vor den Kopf stoßen.“ Neben dem konventionellen Stall wird es aber auch einen Stall mit 32 Sauen und 260 Mastplätzen geben, der den Anforderungen der ökologischen Anbauverbände entspricht. „Eigentlich streben wir auch eine Verbandsanerkennung an, vielleicht über eine Futterkooperation mit einem Biobetrieb im Ort“, erklärt Wojahn. Die Auszubildenden werden beides kennen lernen und nicht nur die. Denn außer 1.600 angehenden Bauern und Bäuerinnen, kommen auch landwirtschaftlich Tätige in Weiterbildungskurse und 2.000 Besucher im Jahr auf den Hof, der größte Teil davon Schulkinder. Schon lange gibt es eine Kooperation mit dem Schulbiologischen Zentrum in Lüneburg, das Kinder aller Altersklassen zum Thema Bauernhof und Nutztierhaltung nach Echem holt. „Wir betreiben hier auch Verbraucheraufklärung und können zeigen, dass jeder mit seinem Konsumverhalten etwas entscheiden kann.“ sagt Martina Wojahn. Dass man das in Sachen Schweinehaltung dann demnächst direkt nebeneinander sehen kann, macht nicht jeden glücklich. Örtliche Bauernverbandsvertreter sind zumindest hinter vorgehaltener Hand nur begrenzt begeistert, wenn auch Sprüche wie „da schick ich meine Lehrlinge nicht mehr hin“, wohl eher Stammtischphrasengedresche sind.



Martina Wojahn noch im alten Kälberstall in Echem

Foto: Schievelbein

betonen, dass hier nicht nur baulich verändert wird. „Wir stellen uns auch inhaltlich auf die zukünftigen Anforderungen, beispielsweise in Sachen Tierschutz, Antibiotikaeinsatz, Verbraucherakzeptanz der Tierhaltung, ein.“ Jeder und jede landwirtschaftliche Auszubildende in Niedersachsen kommt während der Lehrzeit nach Echem, um dort im Rahmen des überbetrieblichen Teils der Ausbildung Grundkenntnisse in der Tierhaltung zu erlernen. Die Lehrlinge leben, lernen und arbeiten gemeinsam für eine Woche auf dem Betrieb mit derzeit noch 75 Milchkühen, einer Mutterkuhherde, Bullen, Legehennen, Ziegen und Schafen. Den Kurs zur Schweinehaltung absolvieren sie bislang im oldenburgischen Wehnen, auf einem weiteren Betrieb der Landwirtschaftskammer. Dieser Standort, so wurde schon vor Jahren beschlossen, soll aufgegeben werden und die Schweinehaltung nach Echem umziehen. Zunächst dachte die Kammer damals darüber nach, den Bereich an die DEULA zu übertragen, ein Konzept für einen Stallneubau mit 3.000 Mastplätzen stand zur Diskussion. Es begann zu rumoren im Dorf und der Gemeinde Scharnebek. Bürgerbedenken angesichts möglicher Geruchs- und Keimbelastung entwickelte sich, aber auch Widerstand gegen eine konventionelle Tierhaltungsanlage erheblichen Ausmaßes als einzigem Lehrort zur Schweinehaltung in der überbetrieblichen Ausbildung.

Schließlich wurden die Kooperationspläne mit der DEULA aufgegeben, die Kammer

wirtschaftskammer. Einer von ihnen ist Wolfgang Biederstedt, der sich rückblickend und ein wenig augenzwinkernd an ein „Musterbeispiel für demokratisches Verhalten“ erinnert. Endlich gab es den erforderlichen Kommunikationsprozess. Am Ende steht aus Biederstedts Sicht eine „vernünftige Lösung“, an deren zustande kommen Martina Wojahn mit ihrer Fähigkeit, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, einen erheblichen Anteil trage. Gebaut werden nun zwei Schweineställe, darüber hinaus eine Biogasanlage, auch um der Sorge der Anwohner nach Güllegestank auf den Feldern zu begegnen. Und auch die Kühe ziehen in einen neuen Stall, die Herde wird auf 145 Tiere aufgestockt, es wird weiterhin einen Melkroboter und einen klassischen Melkstand geben. Kühe und Jungvieh gehen weiterhin auf die Weide, wenn auch allein schon bedingt durch die Tatsache, dass sie „Ausbildungsobjekte“ sind, nicht so lang wie vielleicht auf anderen Milchviehbetrieben. Aber das Signal, was hier gesendet werden soll wird deutlich: Modernität guckt aufs Tier. Dafür nimmt das Land richtig Geld in die Hand, rund die Hälfte der angepeilten 22 Mio. Euro Investitionssumme.

Praxis zeigen

Zurück zu den Schweinen, gebaut wird voraussichtlich ab dem Sommer ein konventioneller Stall für 250 Sauen und 1.100 Mastschweine, zumindest mit mehr Platz pro Tier, mehr Fensterflächen und Variationen

Kritischer Dialog

„Wir wollen einen kritischen Dialog mit allen Beteiligten“, bekräftigt Martina Wojahn ihren Anspruch, auch weiterhin für alle da zu sein. Gerade hatte sie Vertreter zweier Kirchenkreise zu Besuch, die die Rolle der Kirche in der Frage der Nutztierhaltung bearbeiten wollen, als Folge kommen demnächst die Konfirmanden von dort. Und auch wenn im Moment viele Tiere umziehen in Echem, kommen Besucher und Lehrlinge weiterhin. Über einen würde sich Martina Wojahn besonders freuen, den neuen Landwirtschaftsminister. „Wir hoffen natürlich, dass Herr Meyer uns bald besucht, für uns geht es schließlich auch darum, wie wir als Ausbildungsstätte zur Agrarwende beitragen können.“ cs

Essen ganz leicht

Der Autor dieses augenzwinkernden „Ernährungsratgebers“ steht den vielen und komplizierten Empfehlungen zum Thema Essen skeptisch gegenüber: Michael Pollan hat sich vorgenommen, den unzähligen wissenschaftlichen Bewertungen von Nahrungsmitteln, die meist auf ihren einzelnen Inhaltsstoffen beruhen, einen leicht verständlichen Leitfaden gegenüber zu stellen. Anstatt den täglichen Mahlzeiten angestrengt mit vielen Gedanken und schlechtem Gewissen zu begegnen, regt Pollan mit seinen einfachen Merksätzen und gesammelten Weisheiten dazu an, sich auf kulturelle Erfahrungen und frische, wenig verarbeitete Produkte zu verlassen - und den bewussten Genuss in den Vordergrund zu stellen. „Essen Sie Lebens-Mittel. Nicht zu viel. Und vorwiegend Pflanzen“, fasst er selbst seine Empfehlungen knapp zusammen. Hinzu kommt der eindringliche Rat, selbst Experte für die eigenen Mahlzeiten zu sein: „Kochen Sie“. Die Malerin Maira Kalman hat für diese Ausgabe farbenfrohe Illustrationen nach Popart beige-steuert und formuliert die Ausstrahlung des Buches sehr treffend: „Es beschreibt eine gesunde und glückliche Welt des Essens. Und bittet uns freundlich darum, von der Industrienahrung wegzukommen.“ Na

dann: gesegnete Mahlzeit. cw

Michael Pollan, illustriert von Maira Kalman, *Essen Sie nichts, was Ihre Großmutter nicht als Essen erkannt hätte - Goldene Regeln für gute Ernährung*, 240 Seiten, ISBN 978-3-88897-828-9, Verlag Antje Kunstmann, München, 2013, 18,00 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



Kurzes am Rande

Landraub – hinterläßt betroffene Menschen

Im Dossier der Zeitschrift *Publik Forum* zum globalen Kampf um Boden, beleuchten verschiedene Autoren unterschiedliche Schauplätze von Landkäufen und deren Folgen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch ein Blick auf die Dimensionen und Probleme in Deutschland und Osteuropa ist enthalten. Neben der Darstellung von Erlebnissen betroffener Menschen geht es um das Vorgehen der Landnehmer, die Rolle der nationalen Regierungen und um Möglichkeiten, mehr Transparenz und Mitsprache für die lokale Bevölkerung durchzusetzen. Neben Beispielen für Widerstand vor Ort und weltweit wird auch ein kurzer Einblick gegeben, wo sich bei Banken und Aktienfonds Beteiligungen am globalen Landkauf verbergen, aber auch wie undurchschaubar die Wege von Geldanlagen derzeit für die Öffentlichkeit und den einzelnen kritischen Anleger sind. Als Herausgeber des Dossiers haben sich zwei Institute für Ökonomie sowie Ethik und Politik, Entwicklungspolitische Organisationen und die AbL zusammengetan. cw

Dossier *Publik-Forum*, *Landraub – der globale Kampf um Boden fordert Opfer*, April 2013, zu beziehen über den AbL Verlag

Für einen gesunden Planeten

„Was ist moderne Landwirtschaft? – Eine kritische Frage für die Welt von morgen“ stellt sich zurzeit die Agrar Koordination, die bundesweit agrar- und entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit macht. Entstanden sind aktuell drei Gebrauchsanweisungen für einen gesunden Planeten: 1) Innerhalb der Grenzen der Erde arbeiten, 2) Fruchtbaren Boden schützen, 3) Stickstoffkreislauf entlasten. In einer kleinen Schachtel finden sich drei „Beipackzettel“, die jeweils einen detaillierten Überblick zu „Krankheitsbild, Ursachen und Heilungsmethoden“ geben. Zu allen drei Bereichen werden weltweite, wegweisende Beispiele für moderne Landwirtschaft angeführt, die die Tragfähigkeit der Erde und ihrer Ressourcen berücksichtigen: Bauernkooperativen, vielfältige Anbausysteme, Humusaufbau, lokale Züchtungsnetzwerke für regionale angepasste Sorten. Der Wirkstoff der Heilungsmethoden ist Vernunft. Sie sind nicht verschreibungspflichtig und auf der Verpackung steht ausdrücklich: „Für Kinder erreichbar aufbewahren“. Vielleicht auch für Politiker? cw

Agrar Koordination, *Gebrauchsanweisungen für einen gesunden Planeten*, auf Anfrage werden die Gebrauchsanweisungen mit Schachtel zugesendet. Um eine Spende zur Finanzierung der Porto- und Verpackungskosten wird gebeten. www.agrarkoordination.de, Tel. 040-392526



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
 22,-€ 10,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|---|------------------------|
|Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage) | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,00 € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. Wege aus der Hungerkrise | Stückpreis 3,10 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. König Silo, CD | Stückpreis 10,- € Neu! |
| Leitbild Schweiz oder Kasachstan | Stückpreis 8,-€ Neu! |
| Expl. Jung, dynamisch, erfolglos? | Stückpreis 8,-€ Neu! |
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. **Anzeigenschluss für BS Juli ist der 15. Juni 2013**

Hof und Arbeit

• **Der BUND-Landesverband** Niedersachsen e.V. sucht für seinen Landschaftspflege- und Ökohof Wendbüdel einen Betriebsleiternachfolger. Der Hof bewirtschaftet 140 ha Feuchtgrünland auf überwiegend Naturschutzflächen.

Der Aufwuchs wird in einer Biogasanlage (50 KW) zu Strom verarbeitet. Außerdem werden alte Haustierrassen als Mutterschaf und -Kuhherde auf dem Hof gehalten. Eine Weiterentwicklung des Hofes in Richtung nachhaltige Biodünger-Herstellung ist geplant.

Auskünfte erteilt Dr. Wulf Carius, BUND-Hof Wendbüdel, Grenzweg 8, 27243 Prinzhöfte, ☎ 0172-4155277, info@wendbuedel.de.

• **Schulbauernhof** Hardeggen (Nähe Göttingen) sucht pädagogisch interessierte(n) landwirtschaftliche(n) Betriebsleiter/in. ☎ 05503-805521 www.internationaler-schulbauernhof.de

• **Landwirtschaftlicher** Praktikums- bzw. Ausbildungsplatz frei. Der „Nußlocher Ziegenkäsehof“ in der Nähe von Heidelberg und Mannheim, am Rande des Odenwaldes, bietet ab sofort einen Praktikumsplatz (min. 3 Monate!) bzw. Ausbildungsplatz in der Landwirtschaft. Wir melken in unserer konventionellen, gentechnikfreien Betrieb 100 BDE/ Alpine KB-Herdbuchziegen. Wir verkäsen und vermarkten die gesamte Milch direkt. Einblick und Einsatz in allen Arbeitsbereichen: Tierhaltung mit Weidegang, Futterbergung, Herstellung fast sämtlicher Milchprodukte, Vermarktung, Marketing, Veranstaltungen, Buchhaltung. Englisch- bzw. Französischsprachige Praktikumsbewerber/-innen sind auch willkommen. Nußlocher Ziegenkäsehof, 69226 Nußloch, ☎ 06224-75423 info@ziegenkaesehof.de, www.ziegenkaesehof.de

Sonstiges

• **Deutz Dieselmotor**, 60 PS, 4-Zylinder, luftgekühlt SF F4 L712, sehr guter Zustand, komplett mit Einspritzpumpe, Anlasser und Kupplung. ☎ 02405-71288 oder 0177-7721885

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



EITL | Freund & Partner

Lutherstadt Wittenberg

Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-13
E-Mail: agrار@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg

Termine**EU-Agrarreform**

07.06.2013, Bitburg

Welche Möglichkeiten der Wertschöpfung bieten sich für Erzeuger im ländlichen Raum? Welche Spielräume eröffnet die EU-Agrarreform für Rheinland-Pfalz und die Eifel?

Diskussionsveranstaltung
14.00 Uhr, Haus der Jugend, Rathausplatz, 54634 Bitburg, bitte anmelden: mail@dietmarjohnen.de

Befreiung vom Überfluss

07.06.2013, Rinkerode

„Ein neues Wirtschaften, bescheiden aber stabil! Schluss mit der Lüge vom nachhaltigen Wachstum!“ Vortrag und Diskussion mit Buchautor Niko Paech.

20.00 Uhr, Pfarrzentrum Rinkerode

Bauernhof 2.0

08.06 - 31.07.2013, Vetschau

Fotoausstellung „Landwirtschaft am Wegesrand“ von Bigi Möhrle. Öffnungszeiten: Freitag von 9 bis 18 Uhr, Samstag von 9 bis 14 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Kunstgalerie Gut Ogrosen, 03226 Vetschau

Permakultur

17. - 29.06.2013, Kressberg

01. - 05.07.2013, Kressberg
Einblick in die Möglichkeiten und Strategien der Permakultur.
www.samen-des-wandels.de

AbL Bauern und Verbände

20.06.2013, Hirchhorn

Vortrag mit Diskussion Die Bauern und ihre Verbände in Geschichte und Gegenwart mit Dr. Johann Kirchinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Uni Regensburg.
20 Uhr im Landgasthof Freilingen, Hirchhorn bei Eggenfelden

AbL Strukturtagung

29.06. - 30.06.2013, Tonndorf

Die Junge AbL lädt ein zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema: In welchen Strukturen wollen wir zukünftig in der AbL arbeiten? Weitere Infos in dieser Ausgabe der Bauernstimme. junge-abl@abl-ev.de

Solidarische Landwirtschaft

12.-14.07.2013 in Heidelberg

In diesem Seminar werden Hintergründe und Entwicklungen dieser neuen Wirtschaftsform vorgestellt. Es soll ganz praktisch an die Planung und den Aufbau eines Solidarhofes herangegangen werden. Der Erfahrungsaustausch mit Landwirten und Mitgliedern älterer SoLaWis steht im Mittelpunkt.

Seminar Beitrag: 75 €, Unterkunft & Verpflegung: 50 €, Anmeldeschluss: 30.06. info@solidarische-landwirtschaft.org, www.solidarische-landwirtschaft.org

Tagung über Biopatente

21.-23.06.2013, Schwerte

Patente und Ernährungssicherung Institut f. Kirche & Gesellschaft. der EKW, 58239 Schwerte, s 02305-755369, www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

Adi Sprinkart
*6. Mai 1953 + 3. Mai 2013



Am 03. Mai 2013 verließ uns Adi Sprinkart auf eigenen Wunsch. Er wäre am 6. Mai 60 Jahre alt geworden. Er war seit den Anfängen bei der AbL und vertrat unsere Ideen und Visionen als Allgäuer im Landtag und lebte diese real vor. Vieles hat er begleitet und bewegt für uns und darüber hinaus. Wir sagen danke, dass wir dich begleiten durften, dass wir gemeinsam gelacht, gestritten und Zukunft geplant haben. Danke für deine Zeit und Geduld. Salü Adi

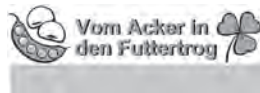
Alls do

S ischt allat alls do,

Öu wenn ba voar lütr Wolka nuiz seache ka.

D Sunne hot se bloß vrschteckt.

Erika Lindner Heimat & Mundartdichterin

**Optimierung des Leguminosenanbaus im Ökolandbau**

Dienstag, 25. Juni 2013, 9.00 - 18.00 Uhr

Veranstaltungsort: Versuchsbetrieb der FH Osnabrück „Waldhof“, Zum Gruthügel 8, 49134 Wallenhorst am Mittag Weiterfahrt zum

Bioland Betrieb Maaß, im Südfeld 7, 33824 Werther (Westfalen),

In ökologischen Fruchtfolgen nehmen die Leguminosen eine Schlüsselposition ein. Sie sind ein Garant für Bodenfruchtbarkeit und eine nachhaltige Bewirtschaftung.

Für die Optimierung des Leguminosenanbaus laden die AbL NRW und Bioland herzlich zu einem Praktikertag auf dem Versuchsgut Waldhof der FH Osnabrück und dem Bioland Betrieb Maaß ein.

Teilnahmegebühr: keine
Fahrtkosten und Mittagessen tragen die Teilnehmer
Anmeldung bitte bis 17. Juni 2013 beim Bioland Tagungsbüro
Tel.: 04262/9590-50

Diskussions- und Informationsveranstaltung**Vor Ort Mehr-Wert schaffen!**

Landwirtschaft: Aktiver Teil der ländlichen Wirtschaft oder Vertragsgehilfe für Großkonzerne – Wo wollen wir hin und welche Spielräume eröffnet die EU-Agrarreform für Hessen?

Fr. 21. Juni 2013 von 11:00 – 16:00 Uhr
Im Kolpinghaus, Die Freiheit 2, 34117 Kassel

Programm

11:00 Eröffnung Martin Häusling, MdEP, Die Grünen/EFA
Grußwort Tarek Al-Wazir, Fraktionsvors. GRÜNEN im Hess. Landtag

11:30 Expertenrunde „Wertschöpfung im ländlichen Raum“
Einführung - Nicole Maisch, MdB
mit Jochen Dettmer (BUND/Neuland), Jan Plagge (Bioland), Dr. Felix Prinz zu Löwenstein (BÖLW), Prof. Jürgen Heß, Uni Kassel-Witzenhsn.

14:00 Politische Gesprächsrunde „Gesellschaftliche Ansprüche an eine moderne Landwirtschaft“
Einführung - Martina Feldmayer, MdL
mit Udo Hemmerling (DBV), Michael Rothkegel (Bündnis Agrarzukunft Hessen), Arndt von der Lage (DLG), Henrik Maaß (AbL), Hans Jürgen Müller (VÖL), Martin Häusling (MdEP Die Grünen/EFA)
Moderation: Dr. Tanja Busse, Autorin und Moderatorin

Mehr Informationen und Programm unter:
<http://gruenlink.de/fym>

Wir bitten um eine Anmeldung bis zum 13. Juni 2013: Europabüro Martin Häusling (MdEP), Ina Möllenhoff, tel.0611 9892030, info@martin-haeusling.de





**13. Juli 2013: Mir hams satt!-Demonstration in München
Agrarindustrie und Flächenfraß stoppen!
Wir fordern eine Wende in Bayern!**

11.00 Uhr: Auftaktkundgebung am Odeonsplatz.
12.30 Uhr: Demonstrationzug zur Staatskanzlei mit Abschlusskundgebung
Für eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft, Bienen- und Verbraucherschutz, und einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Heimat. Unsere Agrarpolitik darf die Ernährungssicherheit in der Welt nicht gefährden und muss international verantwortlich sein!
Für den Demo-Zug werden noch Trecker mit Fahrer gesucht!
Weitere Infos: www.mir-hams-satt.de, AbL Bayern Tel.: 08656-393

**31. August 2013: Demonstration und
Schlachthof-Umzingelung in Wietze
mit Sommercamp vom 30.8.-1.9.2013**

Vor den Bundestagswahlen wollen wir die „Wir haben es satt!“-Bewegung an einen Brennpunkt der Agrarindustrie bringen: an den größten Geflügelschlachthof Europas in Wietze/Niedersachsen, in dem 430.000 Hühner täglich geschlachtet werden sollen. Der Schlachthof ist ein Symbol für die verfehlte Agrarpolitik der Bundesregierung und die Auswirkungen der Agrarindustrie.
Gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern rufen wir daher zur Demonstration und Schlachthof-Umzingelung am 31. August 2013 in Wietze auf. Parallel dazu findet vom 30. August bis 1. September 2013 das „Wir haben es satt!“-Sommercamp statt mit einem bunten Workshop-Programm und Musik. Für gutes Essen sorgen Wam Kat und die Fläming Kitchen. Im Vorfeld wird es bundesweit Aktionen geben. Anmeldung für das Camp in Wietze und weitere Infos: www.wir-haben-es-satt.de



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertro“:
Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
 Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredeburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnlds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Michael Beleites, michael.beleites@web.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bauernhof 2.0

Die Idee war, mit dem Fahrrad von Berlin an den Bodensee zu fahren, einmal quer durchs Land zu radeln, um zu sehen, auf welche Formen von Landwirtschaft ich auf so einem Roadtrip stoßen würde. Um zu sehen und um kennenzulernen, was wo in Deutschland wächst und angebaut wird? Wo wächst das Getreide was wir essen, wo das Gemüse? Welche unterschiedlichen Vegetationen, Bodenverhältnisse und Kulturlandschaften, kann ich sehen? Welche Bilder lassen sich finden? Mit dem Fahrrad deshalb, weil man damit eine gute Reisegeschwindigkeit hat: schnell genug, um vorwärts zu kommen, aber langsam genug um in eine Landschaft eintauchen zu können, um über Dörfer abseits der Fernstraßen zu kommen und über die Feldwege durch unsere Kulturlandschaft fahren zu können. Die Umsetzung des Projektes ermöglichte mir ein Kunst-Stipendium.

Im Gepäck mein Mann und der Hund im Anhänger, die Küche in der rechten Satteltasche, das Badezimmer in der linken und das Schlafzimmer (Zelt), auf beide Fahrräder verteilt. Meine Kamera vorne am Lenker angebracht und dadurch schnell griffbereit. Die Strecke Berlin-Bodensee, über 1.000 km, hört sich vielleicht erst mal viel an. Wir radeln mit guten Fahrrädern, aber untrainiert und in gemütlichem Tempo. Mit vielen Stopps in Cafes, an Picknickplätzen, Berggärten und Badeseen, machen wir die Tour, im August 2011, in knapp drei Wochen: Von Berlin durch Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Sachsen-



Anhalt, Bayern bis nach Baden-Württemberg ging es eigentlich mehr oder weniger Luftlinien gen Süden. Die genauen Routen und Tagesetappen entscheiden wir jeden Tag neu - nach Lust und Laune, Wetter oder Schlafmöglichkeit. Wider Erwarten kann man in Deutschland eigentlich fast überall sehr gut wild campen. Der Hygiene wegen und um die Akkus der Kamera aufzuladen, sind wir alle paar Tage auf offizielle Campingplätze gegangen. Mehr als die Idee der Arbeit gab es nicht. Keine festen Bilder im Kopf, keine festen Ziele, keine vorgefertigte Aussage oder These. Ich wusste nicht, was mich erwarten und auf welche Bilder ich treffen würde.

Was wir sehen sind grüne, fruchtbare Landschaften so weit das Auge reicht, grüne, saftige Wälder, jedes Fleckchen Erde kultiviert, fruchtbares Land. Überall wächst und gedeiht es. Es müssen sehr fleißige Menschen sein, die hier leben. Abwechslungsreiche, hügelige Landstriche, bezaubernde Flußauen, alte Baumalleen, zahllose Waldrücken, viele verwunschene Bademöglichkeiten an Seen und Bächen wechseln sich ab. „Natur pur“ und „Oh wie schön ist Deutschland“ – könnte man sagen. Akkurate Felder, schöne große Maschinen ermöglichen die einfache Bewirtschaftung. Es sieht ordentlich aus und doch auch ein wenig bunt, dank den Vorgärten. Aber der- oder diejenige mit etwas Agrarkenntnissen kann die Vermaischung der

Landschaft sehen – durchgehend von Berlin bis an den Bodensee. Wer hinschaut sieht die vielen totgespritzten Äcker. Diese braungelben Felder, es wird bis fast an den Asphalt geackert. Ackerrandstreifen mit blühenden Margeriten und anderen Wildkräutern sind Vergangenheit. Wir fahren entlang von riesigen Schlägen, nicht nur im Osten, sondern auch in Bayern und Baden-Württemberg. Im Landschaftsbild fehlen die Tiere: Wir sehen draußen keine Schweine, keine Hühner und treffen auf den ganzen 1.000 km nur eine einzige Milchkuherde auf der Weide und selten mal Milchkuhe auf einem kleinen Laufhof hinter meterhohen Leitplanken. Aber die Tiere sind da. Massenhaft. Hinter grauen, fabrikartigen Betonmauern unter hohen Abluftschächten. Mit Schildern wie: Wertvoller Tierbestand – Zutritt verboten.

Die Bilder der Arbeit Bauernhof 2.0 zeigen die Formen der Landwirtschaft, die wir am Wegesrand angetroffen haben. Sie dokumentieren die Ist-Situation. Was in ihnen aber auch sichtbar wird, sind die vielen fehlenden Aspekte einer nachhaltigen, naturgemäßen und artgerechten, kurz einer bäuerlichen Landwirtschaft.

Man sieht nur was man kennt. Bewusstseinsbildung ist notwendig.

Bigi Möhrle hat Ökologische Landwirtschaft studiert und bis 2010 auf verschiedenen Höfen gearbeitet. Seit 2010 ist sie selbständige Fotografin und bleibt auch hier ihrer Leidenschaft, der bäuerlichen Landwirtschaft, treu.



unabhängige Bauernstimme: in Deutschland unterwegs

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221